

**Stimmverträge von
Mitgliedern von Kapitalgesellschaften
im internationalen Privatrecht**

Eberhard Gloning

1974

STIMMVERTRÄGE VON MITGLIEDERN VON
KAPITALGESELLSCHAFTEN IM INTERNATIONALEN
PRIVATRECHT

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Juristischen Fakultät
der Ludwig-Maximilians-Universität

zu München



vorgelegt von

Eberhard Gloning

1974



Referent: Professor Dr. G. Grasmann
Korreferent: Professor Dr. W. Lorenz

Tag der mündlichen Prüfung: 18. Juli 1974

INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Vorbemerkung	1
Teil A: BEGRIFF, ZWECK UND RECHTSNATUR VON STIMMRECHTSVEREINBARUNGEN	3
§ 1 Begriff und Erscheinungsformen der Stimm- rechtsvereinbarungen im internationalen Gesellschaftsrecht	3
I) Begriff	3
II) Inhalt und Erscheinungsformen	5
1) Einteilung nach der Dauer und Intensität der Abreden	5
2) Einteilung nach der Zahl und Stellung der Beteiligten	6
3) Stimmbindungsverträge als Mittel zur internationalen Unternehmens- verbindung	8
III) Tatsächliche Verbreitung von Stimm- rechtsvereinbarungen	10
1) Im Privatrecht	10
2) Im öffentlichen Recht	11
§ 2 Zwecke und Ziele von Stimmbindungs- vereinbarungen	13
I) Wesen und Bedeutung des Stimmrechts	13
II) Stimmbindungsvereinbarungen als Mittel zur Beeinflussung der Stim- menmacht in der Gesellschaft	14
III) Typenvermischung von Kapital- und Personal-Gesellschaftsrecht	14
IV) Abgrenzung zu ähnlichen Instituten	15

	Seite
§ 3 Die Rechtsnatur von Stimmrechtsvereinbarungen	17
§ 4 Rechtsvergleichender Überblick über die Zulässigkeit von Stimmrechtsvereinbarungen in den wichtigsten Rechtsordnungen	21
I) Deutschland	21
II) Schweiz	22
III) Niederlande	23
IV) Großbritannien	24
V) U.S.A.	24
VI) Frankreich	27
VII) Belgien	29
VIII) Italien	30
 Teil B: BISHERIGE BEHANDLUNG DER STIMMRECHTS- BINDUNGSVERTRÄGE UND GESELLSCHAFTEN IM INTERNATIONALEN PRIVATRECHT UND DIE SICH DARAUS ERGEBENDEN KONSEQUENZEN	 32
§ 1 Anknüpfung an eine gesetzliche Kollisionsnorm	32
I) Das Kollisionsrecht als staatliches Recht	32
II) Suche nach einer gesetzlichen Kollisionsnorm im deutschen IPR	33
1) Im Einführungsgesetz zum BGB	34
2) Im Aktiengesetz	34
§ 2 Kollisionsrechtliche Bestimmung des Vertragsstatuts	38

	Seite
I) In Deutschland	38
1) Rechtsprechung	38
2) Literatur	40
II) In anderen Rechtsordnungen	40
1) Schweiz	40
2) Niederlande	42
3) England, Italien, Frankreich, Belgien	43
4) U.S.A.	43
§ 3 Kollisionsrechtliche Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	45
I) Sitztheorie	46
II) Gründungs- oder Inkorporationstheorie	46
III) Eigene Stellungnahme	47
§ 4 Ineinandergreifen von Vertrags- und Gesellschaftsstatut	51
I) Zulässigkeit nach Vertrags-, Unzu- lässigkeit nach Gesellschaftsstatut	51
1) Standpunkt der Rechtsprechung	52
2) Stellungnahme der Literatur	55
3) Anwendbarkeit der Lehre von der Sonderanknüpfung auf Stimmrechts- verträge	58
4) Zusammenfassung	60
II) Zulässigkeit nach Gesellschafts-, Unzulässigkeit nach Vertragsstatut	61

Teil C: VERSUCHE, DIE STIMMRECHTSBINDUNGS- VERTRÄGE KOLLISIONSRECHTLICH DEM GESELLSCHAFTSSTATUT ZUZUORDNEN	64
--	----

§ 1 Umfang der Parteiautonomie	64
--------------------------------	----

I) Die Maßgeblichkeit der Parteiauto- nomie im internationalen Gesell- schaftsrecht	65
---	----

II) Die Maßgeblichkeit der Parteiauto- nomie für Stimmrechtsverträge	67
---	----

III) Die Gründe für die Anknüpfung an den Parteiwillen und ihre Anwendbar- keit auf Stimmrechtsverträge	69
---	----

1) Die Parteien als beste Inter- preten ihrer eigenen Angelegen- heiten	71
---	----

2) Bedürfnisse des internationalen Verkehrs	73
--	----

3) Internationale Anerkennung der Lehre von der Parteiautonomie	74
--	----

IV) Zusammenfassung	75
---------------------	----

§ 2 Gründe für eine Aufspaltung in Vertrags- und Gesellschaftsstatut	76
---	----

I) Vergleich zu ähnlichen Vereinbarungen	76
--	----

1) Vorgründungsverträge	76
-------------------------	----

2) Wettbewerbsverbote zwischen GmbH- Gesellschaftern	77
---	----

II) Verwertbarkeit für Stimmbindungsver- träge	78
---	----

§ 3 Gründe für die Maßgeblichkeit des Ge- sellschaftsstatuts	81
---	----

I) Schwierigkeiten bei fehlender Rechts- wahl	81
--	----

	Seite
II) Schutz der nicht am Vertrag beteiligten Gesellschafter	85
III) Gefahren bei Konsortialverträgen	90
IV) Willensbildung sonst außerhalb des Gesellschaftsstatuts	94
V) Umgehung von Publizitätsvorschriften	99
VI) Vergleich zur internationalprivatrechtlichen Beurteilung der Vollmacht	104
Schlußbemerkung	107

Vorbemerkung

Vereinbarungen über die Ausübung des Stimmrechts haben im Wirtschaftsleben einen festen Platz eingenommen und erfreuen sich als Instrument der gesellschaftlichen Machtbildung großer Beliebtheit¹⁾.

Während sich Rechtslehre und Rechtsprechung sehr eingehend mit der Zulässigkeit, den Grenzen und der Durchsetzbarkeit von Stimmrechtsabreden auseinandergesetzt haben, gibt es über die kollisionsrechtliche Behandlung nur wenige Stellungnahmen.

Die vorliegende Arbeit hat daher zum Ziele, auf die Frage nach dem für Stimmrechtsverträge zwischen Gesellschaftern maßgebenden Recht eine umfassende Antwort zu geben.

Dies ist um so notwendiger, als die wirtschaftliche Integration gerade in Europa auch eine Zunahme der Stimmbindungsverträge mit sich brachte. Es hat sich gezeigt, daß Vereinbarungen über die Stimmrechte wegen Fehlens eines einheitlichen europäischen Gesellschaftsrechts ein wirksames

1) vgl. Barz in: GmbH-Rdsch. 1968, 100, der feststellt, daß die deutsche wirtschaftliche Praxis ohne Stimmbindungsverträge nicht mehr auskomme.

Mittel sind, um grenzüberschreitende Unternehmensverbindungen herzustellen¹⁾.

1) Gessler S.16 in: Recht und Steuer internationaler Unternehmensverbindungen

Teil A: BEGRIFF, ZWECK UND RECHTSNATUR VON STIMM-
RECHTSBINDUNGEN

§ 1 Begriff und Erscheinungsformen der Stimmbindungs-
verträge im internationalen Gesellschaftsrecht

I) Begriff

Unter einem Stimmbindungsvertrag versteht man eine Vereinbarung, durch die in oder mehrere Mitglieder einer Gesellschaft sich verpflichten, ihre Stimmen bei Gesellschafterbeschlüssen in bestimmter Weise abzugeben oder auch sich der Stimme zu enthalten.

Im deutschen Sprachraum ist statt von Stimmbindungsverträgen auch die Rede von Stimmrechtsvereinbarungen¹⁾, Stimmrechtsbindungen²⁾, Abstimmungsvereinbarungen³⁾, oder Aktionärsbindungsverträgen⁴⁾. In Frankreich spricht man allgemein von conventions de vote⁵⁾, während im französisch sprechenden Teil

1) Schmidt aaO § 114 Anm.43; Hachenburg § 47 Anm.29

2) Würdinger S.75; Peters in AcP 156, 311; v.Gierke S.310

3) Schlegelberger-Quassowski § 114 Anm.28; Fischer in GmbHRdsch 1953, 63; Boesebeek NJW 1970, 7; Lübbert S.1 ff

4) Glattfelder S.141a ff

5) vgl. statt vieler Philonenko, Les conventions sur le vote dans les Sociétés anonymes, Rec.jur.soc. 1932, 174 f.

Belgiens der Ausdruck *pactes de votation* gebräuchlicher ist¹⁾. Die englische Terminologie ist uneinheitlich; am häufigsten wird der Begriff *voting agreements* verwendet. In Italien ist die Rede von *convenzioni di voto*, in den Niederlanden spricht man von *stemovereenkomsten*²⁾.

Obwohl Stimmrechtsbindungsverträge gewöhnlich unter dem Ausschluß der Öffentlichkeit abgeschlossen werden, hat sich sowohl Rechtsprechung wie Literatur eingehend mit ihnen beschäftigt³⁾. Vorbehaltlich einer näheren Präzisierung⁴⁾ liegt allen Stimmrechtsabreden der Gedanke zugrunde, ohne zusätzlichen Vermögens-einsatz den Einfluß auf eine Gesellschaft zu verstärken. Trotzdem sind die Abreden nach Anlaß und Typik sowie nach den gesetzlichen Möglichkeiten in den einzelnen Rechtsordnungen sehr unterschiedlich gestaltet, so daß es schwierig ist, eine allgemein gültige Aussage zu treffen. Es soll deshalb zunächst der Versuch gemacht werden, die wesentlichen Erscheinungsformen von Stimmbindungsverträgen darzustellen.

1) Demeur, La délégation du droit de vote aux assemblées générales de sociétés anonymes, *Rev.prat. soc.* 1938, no. 3701, S. 83-90.

2) Cottino, Le convenzioni di voto nelle società commerciali, 1958, S. 3 f; Kamphuisen aaO S. 349 ff.

3) vgl. Nachweise bei Lübbert S. 71 ff

4) vgl. unten S. 14

II) Inhalt und Erscheinungsformen

1) Einteilung nach der Dauer und Intensität der Abreden:

a) Nach der Dauer lassen sich Einzelfallabreden und Vereinbarungen auf die Dauer unterscheiden.

Einzelfallabreden kommen meist in Verbindung mit dem Verkauf vinkulierter Aktien oder GmbH-Anteile vor¹⁾. Der Verkäufer verpflichtet sich hier, in der Gesellschafterversammlung für die Genehmigung der Übertragung zu stimmen. Ansonsten begegnet man solchen Absprachen, wenn Wahlen zum Aufsichtsrat oder Vorstand bevorstehen²⁾ oder wenn die Geschäftsleitung plant, das Grundkapital zu erhöhen³⁾.

Die dauernden Abreden überwiegen in der Praxis⁴⁾. Da gerade bei ihnen die Frage nach dem anwendbaren Recht entscheidend ist, wird im weiteren Verlauf dieser Untersuchung nur von ihnen die Rede sein.

b) Nach der Intensität lassen sich bindende Abreden

1) Lübbert S.76

2) vgl. Lübbert S.76

3) gem. § 182 Abs.1 AktG 1965 sind dazu mindestens drei Viertel des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals erforderlich

4) Glattfelder S.186a

von sogen. "gentlemen's agreements" abgrenzen. Letztere bieten internationalprivatrechtlich keine Besonderheiten und werden deshalb in der Arbeit nicht weiter berücksichtigt.

Bei den bindenden Abreden können wiederum zwei Fallgruppen unterschieden werden. Zur ersten Gruppe zählen rein obligatorische Verträge, bei denen die gebundenen Gesellschafter ihre Stimmen selbst in dem vereinbarten Sinne abzugeben haben.

Zur zweiten Gruppe gehören die sogen. Konsortial- oder Poolverträge¹⁾. Ihr Hauptmerkmal besteht darin, daß sich die Vertragspartner nach gesellschaftsrechtlichem Vorbild organisieren und eine gemeinsame Leitung wählen, die zur Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung bevollmächtigt wird²⁾.

2) Einteilung nach der Zahl und Stellung der Beteiligten:

a) Hier lassen sich zunächst Abreden unterscheiden, an denen nur zwei oder eine Minderheit von Gesellschaftern beteiligt sind sowie Abreden zwischen der

1) Vgl. Baumbach-Hueck § 102 Anm.2 F; Würdinger S.74; Schmidt § 114 Anm.43; Palandt-Thomas § 705 Anm.9 b bb

2) vgl. zur Struktur eines solchen Konsortiums: Glattfelder S.188 a ff.

Mehrheit oder allen Gesellschaftern.

Insbesondere bei Abreden zwischen nur zwei Personen wird es sich meist um unverbindliche Einzelfallabsprachen handeln, wie auch ein vom Reichsgericht entschiedener Fall zeigt: Hier hatte sich Gesellschafter A bereit erklärt, für die Wahl des B zum Geschäftsführer zu stimmen, während B sich für die Wahl des A einzusetzen versprach¹⁾.

In der Regel sind an den Abreden mehrere Gesellschafter beteiligt. Sowohl bei einer Minderheit wie Mehrheit von vertragsschließenden Gesellschaftern geht es dabei meist darum, durch eine gleichförmige Stimmabgabe Einfluß auf die Geschäftspolitik der Gesellschaft auszuüben²⁾.

b) Möglich ist auch, daß sich Gesellschafter einem Nichtgesellschafter gegenüber zur Abstimmung in bestimmter Weise verpflichten. Abreden dieser Art sind allerdings selten³⁾ und kommen meist in Verbindung mit der Veräußerung von Gesellschafteranteilen vor: Der Erwerber verpflichtet sich, sein Stimmrecht stets nach den Weisungen des Verkäufers auszuüben,

1) RGZ 133, 95

2) vgl. zu diesem Gesichtspunkt eingehend unten S.14

3) vgl. Nalbach aaO S.9

um diesem weiterhin eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu sichern¹⁾.

3) Stimmbindungsverträge als Mittel zur internationalen Unternehmensverbindung:

Mangels international einheitlicher Regeln und der Schwierigkeiten, über den Erwerb von Beteiligungen grenzüberschreitende Unternehmensverbindungen herzustellen, hat die Praxis Modelle entwickelt, wie dem Bedürfnis der Wirtschaft zum Zusammenschluß von Gesellschaften mit verschiedener Nationalität Rechnung getragen werden kann²⁾.

Das bekannteste Beispiel ist der Vertrag zwischen den Holding-Gesellschaften Agfa (BRD) und Gevaert (Belgien) über die Gründung einer belgischen und deutschen gemeinsamen Betriebsgesellschaft, an welcher die beiden Mutterholdinggesellschaften je zur Hälfte beteiligt sind³⁾. In der Absprache verpflichten sich beide, dieselben Personen, nämlich zur Hälfte Deutsche und zur Hälfte Belgier, in den Vorstand der beiden Betriebsgesellschaften zu wählen, so daß zwischen den Vorständen eine vollständige Personalunion besteht.

1) vgl. BGHZ 48, 163 und Hueck S.423 ff.

2) Über die Möglichkeiten internationaler Fusionen vgl. Lutter, Gutachten S.32 ff.

3) Lutter, Gutachten S.50 ff; Agfa-Gevaert, Geschäftsbericht 1964/65 S.1; Motte, Rev.MC 1968, S.392 ff; Silcher S.80 in: Recht und Steuer der internationalen Unternehmensverbindungen; Gessler S.1b in: Recht und Steuer der internationalen Unternehmens-

Außerdem räumten sich die beiden Holdinggesellschaften gegenseitig Vorkaufsrechte an den Aktien der Betriebsgesellschaft ein.

Weitere Fälle internationaler Unternehmenszusammenschlüsse sind die Verbindungen der Vereinigten Flugtechnischen Werke GmbH (BRD) mit Fokker N.V. (Niederlande)¹⁾, der deutschen Glanzstoff AG mit Enka N.V.²⁾, der Pirelli S.p.A. (Italien) mit Dunlop Company (England)³⁾ sowie der Zusammenschluß der Schallplattenfirmen der Siemens AG (Deutsche Grammophon GmbH) und der Philips N.V.⁴⁾.

Allen diesen grenzüberschreitenden Unternehmensverflechtungen liegt der Gedanke zugrunde, die Zuordnung der Gesellschaften an verschiedene Rechtsordnungen zu überwinden, ohne dabei die Grundsätze der jeweils betroffenen Rechte zu verletzen. Da gerade die Bestellung und Abberufung von Vorstand- und Aufsichtsratsmitgliedern in allen Rechtsordnungen in den Zuständigkeitsbereich der Gesellschafterversammlung fällt⁵⁾, bot es sich an, internationale Unternehmensverbindungen durch vertragliche Abmachungen über die Stimmrechte der Gesellschafter herzustellen. Damit wird einerseits die Souveränität der nationalen Rechts-

verbindungen

- 1) Gäbelein in: Recht und Steuer der internationalen Unternehmensverbindungen S.82
- 2) Bayer in: Recht und Steuer der internationalen Unternehmensverbindungen S.85
- 3) vgl. Einzelheiten bei Lutter, Gutachten S.51 ff.
- 4) Beusch S.78 in: Recht und Steuer der internationalen Unternehmensverbindungen
- 5) vgl. dazu unten S.13

ordnungen beachtet, andererseits aber doch wirtschaftlich eine Verflechtung von Gesellschaften mit verschiedenen Statuten erreicht.

III) Tatsächliche Verbreitung von Stimmrechtsbindungen

1) Im Privatrecht:

Der Stimmbindungsvertrag findet sich bei allen Gesellschaftsformen. Am häufigsten taucht er bei Kapitalgesellschaften auf, während er bei Personenhandelsgesellschaften und Gesellschaften des bürgerlichen Rechts eine geringere Rolle spielt¹⁾. Dies läßt sich vor allem damit erklären, daß Mitglieder von Personalgesellschaften nicht gewählt, sondern durch Gesellschaftsvertrag - meist auf Lebenszeit - bestellt werden. Weiterhin ist bei Beschlüssen die Zustimmung aller Gesellschafter erforderlich (Einheitsprinzip)²⁾. Stimmrechtsbindungen haben hier also solange einen beschränkten Wert, als sie nicht alle Gesellschafter umfassen³⁾.

Diese Untersuchung beschränkt sich auf Abreden zwischen Mitgliedern einer Kapitalgesellschaft, da es

1) BGH in NJW 1951, 268; Busse in BB 1961, 261.

2) vgl. §§ 119 I, 161 II HGB, 709 BGB

3) Hueck S.408

sich bei Gesellschaften mit Auslandsberührung überwiegend um Kapitalgesellschaften handelt¹⁾. So verteilten sich Ende 1968 rund 41,7 % der ausländischen Investitionen auf Aktiengesellschaften (349 Firmen), 50 % auf GmbH's (4097 Firmen), 4,8 % auf rechtlich unselbständige Zweigniederlassungen (86 Firmen) und nur 3,8 % auf Einzelunternehmen und Personenhandels-gesellschaften (843 Firmen)²⁾.

Bei den deutschen Beteiligungen im Ausland dürfte es ähnlich sein. Zwar liegen keine genauen Statistiken über die Rechtsform der im Ausland investierenden Unternehmen vor, doch entfielen die Hälfte der deutschen Vermögensanlagen in fremden Wirtschaftsgebieten Ende 1964 auf 24 Kapitalgesellschaften, von denen die 9 größten Investoren etwa ein Drittel des Gesamtvo-lumens auf sich vereinigten³⁾. Dieser Trend dürfte in der Zwischenzeit eher zugenommen haben.

2) Im öffentlichen Recht:

Auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts sind Vereinbarungen über die Ausübung des Stimmrechts in Gestalt

1) Eike von Hippel, zur Problematik des Aktionär-Stimmrechts, in: Festschrift für Rheinwein, 1969, S.1081

2) MB (Monatsberichte der deutschen Bundesbank) vom Mai 1969, S.23

3) MB vom Dezember 1965, S.24

des Fraktionszwangs und der Koalitionsabsprachen eine längst bekannte Erscheinung. Es bietet sich daher an, die im öffentlichen Recht gewonnenen Erkenntnisse auf das Gesellschaftsrecht zu übertragen.¹⁾

Gegen eine solche Analogie sind aber mehrere Bedenken angebracht. Fraktions- und Koalitionsabsprachen können niemals zu einer rechtlichen Verpflichtung des Abgeordneten führen, seine Stimme im Plenum in bestimmter Weise abzugeben, da Abgeordnete an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen sind²⁾. Weiterhin steht das Stimmrecht dem Abgeordneten persönlich zu, kann also nicht - wie das Stimmrecht des Gesellschafters - übertragen werden.³⁾

1) Curt E. Fischer, Rechtsschein und Wirklichkeit im AktienR in: AcP 155, 85 ff.

2) vgl. Art. 38 I 2 GG; allerdings begründen derartige Absprachen einen de-facto-Zwang, da eine abredewidrige Stimmabgabe einen Partei- oder Fraktionsausschluß zur Folge haben kann

3) Glattfelder S.700a

§ 2 Zwecke und Ziele von Stimmbindungsverträgen

I) Wesen und Bedeutung des Stimmrechts

Wie die im vorherigen Kapitel erwähnten Zahlen zeigen, liegt die Konzentration internationaler Beteiligungen auf Kapitalgesellschaften. Trotz vieler Unterschiede in der Ausgestaltung sind diese in fast allen Rechtsordnungen nach dem Modell einer sich selbst tragenden und sich selbst verwaltenden Körperschaft konzipiert¹⁾. Die Mitwirkung in der Gesellschaft vollzieht sich immer in der Weise, daß die Gesellschafter entsprechend ihrer Kapitalbeteiligung in der Mitgliederversammlung abstimmen und Beschlüsse fassen²⁾.

Die Grenzziehung zwischen den Kompetenzen der Mitgliederversammlung und der Geschäftsführung ist natürlich im einzelnen unterschiedlich geregelt³⁾. Dies ändert aber nichts an dem für diese Untersuchung entscheidenden Grundsatz, daß die Beherrschung einer Kapitalgesellschaft nur über das Stimmrecht der Gesellschafter möglich ist⁴⁾.

1) Lübbert S.71; v.Hippel S.1081; Bärmann S.17 ff

2) Hamburger; Aktiengesellschaft: Rvgl.HWB II (1929) 59 ff, 134 ff

3) vgl. Wiethölter S.77 ff

4) v.Hippel S.1081; Lübbert S.71

II) Abstimmungsvereinbarung als Mittel zur Beeinflussung der Stimmenmacht

Die im Stimmrecht verkörperte Einflußmöglichkeit auf die Geschicke einer Gesellschaft macht es verständlich, wenn mehrere Stimmberechtigte versuchen, ihre Stimmenmacht zu geschlossenem Einsatz zusammenzufassen. Sie wollen damit erreichen, daß die Macht des einzelnen Gesellschafters über das Maß seiner Kapitaleinlage verstärkt wird und es nicht dem Zufall überlassen bleibt, wie sich die sonst wandelbaren Mehrheiten darstellen¹⁾. Je nach den Gründen und Zwecken, aus denen heraus die Abstimmungsvereinbarungen eingegangen werden, soll durch die Einwirkung auf das Stimmrecht das einer Abstimmung zugrunde liegende Mehrheitsprinzip "umgangen, abgeschwächt, oder den praktischen Bedürfnissen angepaßt" werden²⁾.

III) Typenvermischung von Kapital- und Personalgesellschaftsrecht

Durch die Verwendung des Stimmbündungsvertrages wird eine Abweichung vom Grundtypus der Kapitalgesellschaft ermöglicht, die in Wirklichkeit nichts anderes bedeutet als die versteckte Einführung eines dem Kapi-

1) Zluhan S.76

2) Lübbert S.72

talgesellschaftsrecht unbekannten Rechtsinstituts¹⁾. Die Stimmabrede hat nämlich zur Folge, daß das bei Kapitalgesellschaften grundsätzlich geltende Mehrheitsprinzip zugunsten des im Personalgesellschaftsrecht vorherrschenden Einheitsprinzips zurücktritt und - wie dort - eine persönliche Beziehung zwischen den einzelnen Mitgliedern hergestellt wird²⁾. Ein Unterschied zu der Personalgesellschaft besteht lediglich insofern, als die Gesellschafter weiterhin nur mit ihren Kapitalanteilen haften.

IV) Abgrenzung zu ähnlichen Instituten

Neben den Abstimmungsvereinbarungen gibt es noch andere Möglichkeiten, wie auf das Stimmrecht eingewirkt werden kann. So sah sich der deutsche Gesetzgeber zwischen 1918 und 1937 veranlaßt, Mehrstimmrechtsanteile in Verbindung mit sogenannten Schutz- und Verwaltungsaktien zu schaffen³⁾, um die Stellung einzelner bevorrechtigter Gesellschafter zu stärken. Weiter sind zu nennen die sogenannten "obligatorischen Klauseln" der niederländischen Praxis. Nach Art.48a des Wetboek van Koophandel (WK) ist es trotz des Grundsatzes, daß jeder Aktionär mindestens eine Stimme hat (Art.44 b Abs.1 WK) möglich, in der Satzung bestimmten Gesellschaftern das Vorrecht ("voor-

1) Lübbert S.81; Glattfelder S.171 a

2) vgl. Glattfelder S.167a: Stimmbindungen seien ein "Mittel zur Verpersönlichung der AG".

3) Gieseke, Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht,

dracht") einzuräumen, der Generalversammlung bindende Vorschläge zu machen, so daß unter Umständen nur noch die Wahl zwischen zwei Personen bleibt¹⁾.

In diesem Zusammenhang müssen auch das in Deutschland, der Schweiz und Italien praktizierte Depotstimmrecht der Banken, bzw. das amerikanische proxy-System und die französischen pouvoirs en blanc erwähnt werden. Auch hier wird durch Ersatz der persönlichen Stimmabgabe auf das Stimmrecht Einfluß genommen und ihm eine ganz andere Funktion gegeben, als es in dem Grundmodell einer sich selbst verwaltenden und mit breit gestreuten Mitgliederbestand konzipierten Körperschaft vorgesehen ist²⁾.

in Gruchot Bd.66 (1923); Horrwitz aaO; Planitz aaO

1) Lübbert S.212

2) v.Hippel S.1082 ff

§ 3 Die Rechtsnatur von Stimmbindungsverträgen

Abstimmungsvereinbarungen regeln grundsätzlich nur die Beziehungen der Parteien untereinander. Eine Verbindung zu der eigentlichen Gesellschaft besteht nur insofern, als mindestens ein Vertragsteil in der Gesellschaft stimmberechtigt sein muß¹⁾. Daraus läßt sich aber noch nicht herleiten, daß diese Vereinbarungen rechtlich genauso zu beurteilen sind wie die jeweilige Gesellschaft selbst. Auch der Umstand, daß mit einer solchen Vereinbarung der Prozeß der Willensbildung innerhalb der Gesellschaft entscheidend beeinflusst wird, führt zu keiner anderen Betrachtung, da die Abstimmung in der Gesellschafterversammlung sachlich nicht berührt wird²⁾. Das Stimmrecht bleibt vielmehr nach außen unberührt es wird nur das Wie seiner Ausübung geregelt³⁾. Man kann deshalb sagen, daß Abstimmungsverträge streng genommen nicht dem Gesellschaftsrecht angehören⁴⁾. Es handelt sich vielmehr um rein schuldrechtliche Verträge, deren Rahmen durch die allgemeine Vertragsfreiheit bestimmt wird⁵⁾.

Da Stimmbindungsverträge nicht nur den Einzelinteressen der Gesellschafter dienen, sondern eben auch

1) Zluhan S.79

2) so auch RGZ 133, 90 (93); RGZ 161, 296 (298)

3) Zluhan S.81

4) Lübbert S.75

5) so die heute ganz h.M.: vgl. Würdinger S.71 m.w.N.

die Ausübung eines gesellschaftlichen Rechts, nämlich die Stimmabgabe, regeln, sind im Rahmen der Vertragsfreiheit zwingende gesellschaftsrechtliche Vorschriften zu beachten¹⁾. So ist eine Abrede nichtig, wenn sie einen Grundsatz des Aktienrechts umgeht oder zur Schädigung der Gesellschaft führen kann²⁾. Als Beispiel mag § 136 Abs.3 AktG genügen, der Verträge für nichtig erklärt, in denen sich ein Aktionär der Gesellschaft, dem Vorstand oder dem Aufsichtsrat gegenüber verpflichtet, sein Stimmrecht nach Weisung auszuüben.

Als passender Vertragstypus - insbesondere für die Konsortialverträge - wird heute allgemein die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts genannt³⁾. Gemeinsamer Zweck i.S. von § 705 BGB ist dabei die gemeinschaftliche Ausübung des Stimmrechts. Die Bildung eines Gesellschaftsvermögens und die Absicht der Gewinnerzielung ist nach Rechtsprechung und Lehre nicht erforderlich⁴⁾.

Die Charakterisierung als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts hat im wesentlichen zur Folge, daß das Recht zur außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grunde gem. § 723 Abs.1 S.2 BGB nicht abbedungen

1) v.Godin-Wilhelmi Anm.8 zu § 136 AktG

2) v.Godin-Wilhelmi Anm.8 zu § 136 AktG

3) Würdinger S.74; v.Godin-Wilhelmi Anm.8 zu § 136 AktG BGH in Betrieb 1969, 1097

4) Zluhan S.83

werden kann¹⁾. Da § 723 nach gesicherter Rechtsprechung²⁾ ohnehin für alle Verträge von längerer Dauer, bei denen eine persönliche Zusammenarbeit und gütliches Einvernehmen erforderlich sind, anwendbar ist, bringt die Einordnung unter die §§ 705 ff BGB wenig. Im übrigen passen die meisten Bestimmungen der §§ 705 ff auf die Stimmbindungsverträge überhaupt nicht. Die Qualifizierung als Gesellschaft des bürgerlichen Rechts hat daher nur dann Sinn, wenn es darum geht, unklare oder fehlende Vereinbarungen der Parteien an Hand der Vorschriften über die BGB-Gesellschaft auszulegen oder durch diese zu ersetzen. Wenn aber aus der Abstimmungsvereinbarung schon deutlich hervorgeht, was die Parteien wollen, sollte man diese Vereinbarungen aus sich heraus beurteilen und nicht den Umweg über die §§ 705 ff BGB machen.

Bei Einzelfallabreden treten die Unterschiede zur BGB-Gesellschaft noch deutlicher hervor, da insbesondere die Vorschriften über die Kündigung überhaupt nicht passen. Man spricht daher auch allenfalls von "Gelegenheitsgesellschaften"³⁾ oder "gesellschaftsähnlichen Verträgen"⁴⁾.

Abreden zwischen Veräußerer und Erwerber eines Ge-

1) Lübbert S.145

2) RGZ 145, 274 (285); RG HRR 1933, Nr.1118;
BGH LM Nr.6 zu § 723

3) Zluhan S.84; Lübbert S.145

4) Ferid in: Festschrift für Hueck S.349; Staudinger-

sellschaftsanteils über die Ausübung des Stimmrechts werden meist als Auftrag oder als Geschäftsbesorgungsvertrag qualifiziert¹⁾. Man wird hier allerdings das Recht des Beauftragten zur jederzeitigen Kündigung nach § 671 Abs.1 HS.2 BGB als im Zweifel stillschweigend abbedungen ansehen müssen, da bei Anwendung des Kündigungsrechts die Abreden als unverbindliche "gentlemen's agreements" ihren Sinn verlieren würden²⁾.

Oft kommen die Stimmrechtsabreden nur in Verbindung mit einer Reihe anderer Vereinbarungen vor und stellen eine vertragliche Nebenpflicht dar. Man wird hier die Abrede nach dem Vertragstypus beurteilen müssen, der in der Gesamtvereinbarung überwiegt³⁾.

Geiler-Keßler Vorbem.63 b vor § 705

1) Lübbert S.145 m.w.N.

2) Lübbert S.145 m.w.N.

3) Zluhan S.85, 86

§ 4 Rechtsvergleichender Überblick über die Zulässigkeit von Stimmrechtsbindungen in den wichtigsten Rechtsordnungen

I) Deutschland:

Schon vor Inkrafttreten des Aktiengesetzes 1937 wurde die Zulässigkeit von Stimmrechtsbindungen in Literatur und Rechtsprechung einhellig bejaht¹⁾. Man lehnte es insbesondere ab, Stimmabreden als verbotenen Stimmenkauf im Sinne des damals geltenden § 317 HGB zu qualifizieren, da als "besondere Vorteile" im Sinne dieser Vorschrift nur solche angesehen wurden, die sich nicht direkt aus der betroffenen Abstimmung selbst ergaben, sondern die außerhalb von ihr lagen²⁾.

Auch mit der Neufassung des Aktiengesetzes im Jahre 1937 hat sich an der Haltung von Literatur und Rechtsprechung nichts geändert³⁾. Im wesentlichen wurde

1) Literatur: Hachenburg in der Leipziger Zeitschrift Band 2 (1908) Sp.645; Friedländer (1921) S.230; Geiler (1922) S.22-25; Müller (1924); Schmulewitz (1927); Zluhan (1928); Sommerfeld (1930); Jürgensen (1931); Frantz (1932); Baaden (1935); a.A.: Planitz S.36 und 44 Anm.57; Horowitz S.23. Rechtsprechung: RG in JW 1916, S.575; RGZ 107, 67 ff; RGZ 111, 405 ff; 112, 273 ff; 119, 386 ff; 123, 33 ff; 124, 371 ff; 161, 296 ff.

2) RGZ 133, 90 ff

3) Schmidt in Großkomm., Anm. 43 zu § 114 AktG 1937; Janberg-Jacobs, RWP-Blattei, Aktiengesetz II B 2, S.15

nur solchen Stimmabreden die Anerkennung versagt, die mit den guten Sitten nicht in Einklang standen¹⁾.

Das neue Aktiengesetz 1965 brachte gegenüber dem früheren Recht eine Einschränkung. Während das Reichsgericht²⁾ und ein Großteil des Schrifttums³⁾ Stimmrechtsbindungsverträge zwischen Aktionären und der Gesellschaft ebenfalls für zulässig gehalten haben, stellte der Gesetzgeber klar, daß solche Abreden nichtig sind⁴⁾. Im übrigen enthält aber das Aktiengesetz 1965 keine Bestimmungen, die auf ein Verbot von Stimmrechtsbindungen hindeuten. § 134 Abs.3 AktG 1965, wonach nicht nur die Vertretung in der Erklärung, sondern auch die Vertretung im Willen möglich ist, läßt vielmehr den Schluß zu, daß Stimmrechtsbindungen grundsätzlich erlaubt sind⁵⁾.

II) Schweiz:

Ebenso wie in Deutschland werden in der Schweiz Stimmrechtsbindungen nahezu einhellig als zulässig angesehen⁶⁾. Es gibt zwar keine gesetzlichen Bestimmungen

1) Peters in: AcP 156 (1957), S.311-346

2) RGZ 107, 67 ff (70); 113, 188 ff; 119, 386 ff.

3) Baaden S.17; Friedländer § 179 Anm.I 1; Nalbach S.16; Ritter § 114 Anm.11; Schlegelberger-Quassowski § 114 Anm.26; Gadow-Heinichen § 114 Anm.43.

4) vgl. § 136 Abs.3 AktG 1965

5) Janberg-Schlaus in: Die AG 1967, 33 (34).

6) vgl. Nachweise bei Glattfelder S.225 a

auf die man sich - unmittelbar oder mittelbar - berufen könnte¹⁾. Aus dem Grundsatz der Vertragsfreiheit wird aber gefolgert, daß sich Gesellschafter zu einem Stimmrechtsbindungsvertrag zusammenschließen können, da die allgemeinen Vorschriften über die Gültigkeit von Verträgen²⁾ einen ausreichenden Schutz bieten würden³⁾. Nur vereinzelt wird gegen die Zulässigkeit von Stimmrechtsbindungen eingewendet, der Aktionär müsse seine Stimme frei und ohne jeden Zwang abgeben können⁴⁾.

III) Niederlande:

In den Niederlanden bestehen seit den vom "Hoge Raad" entschiedenen Fällen "Melchers"⁵⁾ und "Aurora"⁶⁾ keine Bedenken mehr, Stimmrechtsbindungen als zulässig anzusehen. Die durchweg positiven Stellungnahmen der Literatur zu diesen beiden Urteilen⁷⁾ heben vor allem die praktischen Schwierigkeiten hervor, vor die die Wirtschaft bei Ungültigkeit solcher Abreden gestellt wäre. Weiterhin wird angeführt, daß durch Stimmrechtsbindungsverträge die Position

1) Glattfelder S.225 a

2) insbes.: Art.23 ff OR

3) Patry in: Zeitschrift für Schweizerisches Recht Band 78 (1953), S.1a ff. (78a); Goldschmidt S.75.

4) Sontag S.59

5) HR, 13.November 1959, NJ 1960, Nr.472, S.1073 ff. mit zahlreichen Anmerkungen

6) HR, 19.Februar 1960, NJ 1960, Nr.473, S.1083 ff.

7) vgl. Nachweise bei Lübbert, S.224, Fn.51

der Gesellschafterversammlung gegenüber der Geschäftsführung gestärkt würde¹⁾.

IV) Großbritannien:

In Großbritannien war es eigentlich noch niemals in Frage gestellt worden, daß sich Gesellschafter zu einem "voting agreement" zusammenschließen können²⁾. Daraus erklärt sich, daß sich Rechtsprechung³⁾ und Literatur⁴⁾ nur sehr knapp mit solchen Abreden auseinandersetzen und sie stets als zulässig ansahen. Eine Besonderheit gegenüber anderen Rechtsordnungen besteht lediglich darin, daß Stimmrechtsbindungsverträge seit dem Companies Act 1967 veröffentlicht werden müssen⁵⁾.

V) Vereinigte Staaten von Amerika:

Sehr viel früher als in Europa ist in den U.S.A. die Frage nach der Gültigkeit von Abstimmungsvereinbarungen aufgetaucht⁶⁾. Eine eindeutige Stellungnahme

1) Völlmar S.201

2) Palmer, S.480: "A shareholder's vote is a right of property which he may use as he pleases".

3) Greenwell v. Porter (1902) 1 Ch.530; Puddephatt v. Leith (1916) 1 Ch.200; Greenhalgh v. Mallard and others (1943) 2 All E.R.234 (Court of Appeal).

4) Pickering in: L.Q.R. 1965, 248 ff, 255; Pennington S.530.

5) vgl. eingehend dazu unten S.103

6) Der erste Prozeß wurde bereits im Jahre 1867 geführt: Brown v. Pacific Mail S.S. Co., 5 Blatch. 525, Fed.Cas.Nr.2025

der Rechtsprechung läßt sich nur schwer finden, da die Gesetzgebungs- und Gerichtshoheit über das Gesellschaftsrecht den Einzelstaaten zusteht¹⁾. Da nur die Aktiengesetz von North Carolina und Texas ausdrückliche Bestimmungen in Bezug auf die Stimmrechtsbindungen enthalten²⁾, ist man im wesentlichen auf die von den obersten Gerichten der Gliedstaaten ergangenen Entscheidungen angewiesen, die im einzelnen sehr stark voneinander differieren³⁾. So kann es vorkommen, daß ein und derselbe Stimmbindungsvertrag von Staat zu Staat unterschiedlich beurteilt wird⁴⁾.

Bei einer Bestandsaufnahme der amerikanischen Literatur begegnet man denselben Schwierigkeiten, da sich die Autoren meist darauf beschränken, konkrete Gerichtsentscheidungen zu kommentieren, analysieren und auszuwerten⁵⁾.

1) vgl. Art.I Sect. 8 cl.3 der Amerikanischen Verfassung, wonach der Bund nur zuständig ist, soweit es um Regelungen des zwischenstaatlichen Handels und des Außenhandels geht ("interstate commerce clause")

2) North Carolina Business Corporation Act von 1956, §§ 55-73; Texas Business Corporation Act, Art. 2.30-B, wonach nur Stimmbindungen mit einer Laufzeit bis zu 10 Jahren gültig sind; vgl. auch Fletcher § 2064.1- Statutes validating stockholder's agreements.

3) Spitzer S.23

4) Daraus folgt im übrigen, daß dem Kollisionsrecht in den U.S.A. eine wesentliche Bedeutung zukommt: vgl. Dodd and Baker S.231

5) Joerges S.84

Trotz dieser Probleme hat sich insofern ein einheitliches Gesellschaftsrecht herausgebildet, als "voting agreements" dann nichtig sind, wenn sie mit der "public policy" nicht in Einklang stehen¹⁾. Umstritten blieb aber, was als Verstoß gegen die public policy anzusehen ist.

Zunächst wurde als unvereinbar mit der public policy beurteilt, Stimmrecht und Eigentum an einer Aktie aufzuspalten²⁾. Etwa seit dem Jahre 1910 haben die Gerichte diesen Gesichtspunkt fallengelassen³⁾ und stellten mehr auf den jeweiligen Vertragszweck ab⁴⁾.

-
- 1) Der Begriff "public policy" läßt sich nur schwer ins Deutsche übersetzen; nach Spitzer, S.23 bedeutet er "soviel wie die jeweils herrschende öffentliche und allgemeine Rechtsauffassung"; Schmey, S.258 versteht darunter den "Inbegriff der Rechtsnormen, die die zivilrechtliche Handlungsfreiheit der Rechtssubjekte aus Gründen des Gemeinwohls beschränken"; nach Joerges, S.45 ist die "policy" auf Grund einer Analyse des policy-Verständnisses von Currie (in: Selected Essays on the Conflict of Laws, aaO) "die Antwort des Gemeinwesens auf soziale, wirtschaftliche und ideelle Konflikte".
 - 2) Griffith v. Jewitt, 15 week Law 419: "The right to vote is an incident of the ownership of the stock and cannot exist apart from it"; Morel v. Hoge, 130 Ga. 625, 61 S.E.487 (1908)
 - 3) O'Neal S.229; 45 ALR 2d 799 (1956); Fletcher, § 206 "While public policy favors an union of voting power and stock ownership and will not sustain an irrevocable complete separation of them, it does not disfavor... agreements among holders to combine and vote in a common interest".
 - 4) Brand S.52

So wird Stimmrechtsbindungen heute einhellig die Wirksamkeit versagt, wenn sich ein "fraud"¹⁾ gegenüber den Mitgesellschaftern oder Gläubigern nachweisen läßt²⁾. Ebenso werden Verträge für nichtig erachtet, die darauf abzielen, den Vertragspartnern auf Kosten der Gesellschaft einen ungerechtfertigten Sondervorteil zu vermitteln³⁾. Schließlich sind nach der überwiegenden Ansicht von Rechtsprechung und Literatur Abreden zwischen den Gesellschaftern und der Verwaltung ungültig⁴⁾.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß Stimmrechtsbindungen nur in den soeben dargestellten Fällen verboten sind⁵⁾.

VI) Frankreich:

Die Einstellung der französischen Literatur und Rechtsprechung bezüglich der Zulässigkeit von Stimm-

1) "fraud" entspricht im deutschen Recht einer Mischung der Tatbestände von Betrug (§ 263 StGB) und arglistiger Täuschung (§ 123 BGB).

2) 30 A.L.R. 1085 (1923); Venner v. Chicago City Ry. Co., 258 Ill. 523, 101 N.E. 949 (1913); Wormser, 18 Columbia Law Review, 135.

3) Teich v. Kaufman, 174 Ill. App. 306 (1912)

4) vgl. Nachweise bei Ballantine S. 123

5) so auch Spitzer S. 27

rechtsbindungen wurde wesentlich von einer Regierungsverordnung mit Gesetzesrang aus dem Jahre 1937 beeinflusst, Gemäß Art.10 des décret-loi vom 31.August 1937¹⁾, das Art.4 der Loi vom 13.November 1933 abänderte, wurde jede Abrede für nichtig erklärt, die eine Beschränkung der freien Ausübung des Stimmrechts in der Hauptversammlung bezweckte²⁾. Während sich die Literatur mit der Verordnung sehr eingehend auseinandersetzte und insbesondere deren generalklauselartigen Charakter kritisierte³⁾, sind aus der Judikatur nur wenige Entscheidungen bekannt. Insgesamt läßt sich sagen, daß die Rechtsprechung ihre vor 1937 sehr liberale Haltung aufgegeben hat und Stimmrechtsbindungen trotz enger Auslegung des Dekrets⁴⁾ in vielen Fällen die Wirksamkeit versagte⁵⁾.

Das décret-loi von 1937 wurde zwar durch Art.505 des neuen Gesetzes über die Handelsgesellschaften vom

1) Journal Officiel 1937, 10052, 10053.

2) "Sont nulles et de nul effet dans leurs dispositions principales et accessoires, les clauses ayant pour objet ou pour effet de porter atteinte au libre exercice du droit de vote dans les assemblées générales des sociétés commerciales".

3) vgl. Nachweise bei Lübbert S.321 Fn.132

4) Grasmann Rz.1050 mit F.100 (théorie de l'exegèse).

5) Lübbert S.324 ff.

24. Juli 1966 aufgehoben. Wie sich aber aus Art.440 Ziffer 3 der Ausführungsverordnung zu diesem Gesetz vom 23. März 1967 ergibt, ist der Stimmenkauf und eine Abstimmung gegen "besondere Vorteile" auch heute noch verboten und unter Strafe gestellt. Es wäre also verfehlt, aus der Gesetzesänderung auf eine grundsätzliche Reform des geltenden Rechtszustandes zu schließen¹⁾.

Zusammenfassen ist somit festzustellen, daß das französische Recht Stimmrechtsbindungen ablehnend gegenübersteht²⁾.

VII) Belgien:

Ebenso wie das französische lehnt auch das belgische Recht Stimmrechtsbindungsverträge ab³⁾. Die Begründungen sind im einzelnen unterschiedlich⁴⁾. Sehr häufig wird darauf verwiesen, daß sich Gesellschafter ohne äußere Einflüsse erst auf Grund der Diskussionen in der Hauptversammlung ihre Meinung bilden sollten⁵⁾. Dieser Gedanke komme auch in Art.74 Abs.1

1) Tomasi in: AWD 1967, 165 (172); Werner S.59; Ripert-Roblot S.634, Nr.1246

2) Lübbert S.364; Grasmann Rz.1050, S.525; a.A.: Glattfelder S.202a unter Berufung auf Tunc S.99

3) vgl. Nachweise bei Grasmann Rz. 1051, Fn.107

4) vgl. Übersicht bei Lübbert S.382 ff.

5) Demeur S.84 Ziff.3 mit weiteren Nachweisen; ebenso Maeyens-Roose S.67

coordination des Lois sur les sociétés commerciales durch Verwendung der Worte "assemblée délibérante" zum Ausdruck¹⁾. Weiterhin befürchtet man, daß durch Stimmrechtsbindungen Mehrheitsverhältnisse verfälscht werden könnten²⁾.

Die Rechtsprechung hat sich weitgehend der Literaturmeinung angeschlossen und hält Stimmbindungsabreden für unzulässig³⁾.

VIII) Italien:

Die Frage nach der Zulässigkeit von Stimmrechtsabreden wird im italienischen Recht sehr unterschiedlich beantwortet. Trotz zahlreicher amtlicher und privater Entwürfe zu einem neuen Aktienrecht, die alle von einer grundsätzlichen Anerkennung von Stimmbindungen ausgehen, hat sich der Gesetzgeber bis heute noch nicht zu einer umfassenden Kodifizierung entschließen können⁴⁾. So blieb es der Rechtsprechung überlassen,

1) Eingeführt durch Arr.ryo. vom 31. Oktober 1934:
"... les nominations se font et les décisions se prennent d'après les règles ordinaires des assemblées délibérantes;..."

2) Maeyens-Roose S.67; Demeur S.84 Ziff.1

3) zuletzt ordonnance de référé des Tribunal de première instance Audenarde vom 1.3.1962, Rev.prat. soc.63 (1964), S.5190, S.78 ff, 80.

4) Lübbert S.412 ff; Glattfelder S.204a

zur Frage der Gültigkeit von Stimmrechtsbindungen Stellung zu nehmen. Entgegen der gesetzgeberischen Reformbestrebungen stehen die italienischen Gerichte Stimmabsprachen unter Gesellschaftern überwiegend ablehnend gegenüber¹⁾. Als Begründung taucht immer wieder auf, das Stimmrecht sei nur im Interesse der Gesellschaft verliehen, so daß darüber kein Verfügungsrecht bestehe²⁾.

Während die Literatur ursprünglich die Meinung der Rechtsprechung teilte, wird seit Inkrafttreten des Codice civile im Jahre 1942 die Tendenz deutlich, Stimmabreden zuzulassen. Heute befürworten nahezu alle italienischen Autoren solche Abreden³⁾.

1) Lübbert S.398-411.

2) Corte d'Appello Mailand vom 12.12.1911 Foro it. 1912.1.181.

3) Lübbert S.422 ff.

Teil B: BISHERIGE BEHANDLUNG DER STIMMBINDUNGSVERTRÄGE
UND GESELLSCHAFTEN IM INTERNATIONALEN PRIVAT-
RECHT UND DIE SICH DARAUS ERGEBENDEN KONSE-
QUENZEN

§ 1 Anknüpfung an eine gesetzliche Kollisionsnorm

I) Das Kollisionsrecht als staatliches Recht

Bevor auf die eigentliche kollisionsrechtliche Frage-
stellung eingegangen werden kann, muß man sich ver-
gegenwärtigen, daß das internationale Privatrecht
Bestandteil der jeweiligen lex fori und damit staat-
liches Recht ist. Der gleiche Sachverhalt kann so
infolge der Vielzahl nationaler Kollisionsrechte von
den Gerichten des einen Staates einem anderen Recht
unterworfen werden als von den Gerichten des ande-
ren Staates.

Der Grundsatz, daß die lex fori als die alleinige
Quelle des anzuwendenden Kollisionsrechts anzusehen
ist, hat sich verhältnismäßig spät durchgesetzt.
Für die Statutentheorie hatte das internationale
Privatrecht noch überstaatlichen Charakter, der aus
der Allgemeinverbindlichkeit des römischen Rechts
abgeleitet wurde¹⁾. Die Entstehung divergierender
positiver Kollisionsrechte erfolgte erst Ende des

1) Niederer, Einführung S.39; Gamillscheg, Rabels
Z 28 (1964), 361

19. Jahrhunderts mit Aufblühen der einzelstaatlichen Kodifikationen, die zunehmend auch kollisionsrechtliche Vorschriften enthielten¹⁾. Das Ideal des internationalen Entscheidungseinklangs, daß "die Rechtsverhältnisse, in Fällen einer Kollision der Gesetze, dieselbe Beurtheilung zu erwarten haben, ohne Unterschied, ob in diesem oder jenem Staat das Urteil gesprochen werde"²⁾, wurde damit in weite Ferne gerückt. Die Frage des anzuwendenden Rechts ist vielmehr stets nach den Regeln zu entscheiden, die das nationale Kollisionsrecht aufgestellt hat.

II) Suche nach einer gesetzlichen Kollisionsnorm im deutschen IPR

Als Kollisionsnorm bezeichnet man heute "jede selbständige kollisionsrechtliche Vorschrift"³⁾, die bestimmte Rechtsfragen einer Rechtsordnung in der Weise zuordnet, daß diese an objektive, in der Norm enthaltene Kriterien angeknüpft werden⁴⁾. Da es sich bei Stimmbindungsvereinbarungen um schuldrechtliche Verträge handelt, müßte eine Norm gefunden werden, die diesem Charakter Rechnung trägt und eine objektive Betrachtungsweise zuläßt.

1) Neuhaus in AcP 160 (1961), 496

2) Savigny, System VIII 27

3) Neuhaus Grundbegriffe S.48

4) Vischer Internationales Vertragsrecht S.21

1) Im Einführungsgesetz zum BGB als der einzigen zusammenhängenden Regelung des deutschen IPR findet sich keine ausdrückliche Vorschrift¹⁾. Das für Abstimmungsvereinbarungen eigentlich zutreffende internationale Schuldvertragsrecht ist lediglich in einigen Punkten, nämlich in den Art.7 und 11 EG BGB normiert²⁾. Beide Vorschriften können aber hier nicht zu Rate gezogen werden, da sie sich nur mit der Geschäftsfähigkeit bzw. der Form eines Rechtsgeschäftes befassen. Für ausländische Vereine bestimmte früher zwar Art.10 EG BGB, daß diese nach Anerkennung ihrer Rechtsfähigkeit im Inlande nach dem Recht des Sitzes ihrer Hauptverwaltung zu beurteilen sind. Dieser Grundsatz wurde von der Literatur auch auf andere Personenverbindungen - insbesondere BGB-Gesellschaften - angewandt, wenn sich aus ihrem Vertrag eine eigene Organisation ergab oder eine Interessengemeinschaft vorlag³⁾. Durch § 30 Abs.1 Nr.4 des Vereinsgesetzes vom 5.8.1964 (RGBl I 593) wurde Art.10 aber aufgehoben.

2) Kollisionsnormen brauchen nun aber nicht im EG BGB zu stehen. So enthält z.B. § 98 Abs.2 GWB

1) Brauer S.45

2) Bache S.48

3) Soergel-Siebert, 9.Aufl., Art.10 Anm.42; ders. Anm.240 vor Art.7

eine ausdrückliche Bestimmung, daß sich die Wirkungen des deutschen Kartellrechts auch auf ausländische Gesellschaften erstrecken, wenn von ihnen im Inland Wettbewerbsbeschränkungen zu erwarten sind¹⁾. Ebenso gibt es im BGB - wenn auch versteckt²⁾ - Kollisionsnormen, die in Vorschriften enthalten sind, die zunächst nur eine materielle Frage regeln³⁾.

Für Stimmbindungsverträge könnte sich aus dem Aktiengesetz 1965 etwas ergeben. So stellen die §§ 19, 20, 44 AktG darauf ab, ob eines der beteiligten Unternehmen seinen Sitz im In- oder Ausland hat und knüpft daran unterschiedliche Rechtsfolgen. Gleichwohl läßt sich daraus noch keine kollisionsrechtliche Regelung entnehmen⁴⁾.

Die §§ 291 - 338 AktG können direkt ebenfalls nicht herangezogen werden, da es dort nur um die Zulässigkeit von Unternehmensverbindungen geht, während bei Abstimmungsvereinbarungen in der Regel auf einer Seite Privatpersonen beteiligt sind⁵⁾ Denkbar wäre aber eine

1) Schwartz S.27; Rehbindner S.110

2) zu dem Begriff "versteckte Kollisionsnorm" vgl. Rappe S.36; Neuhaus S.49 f.

3) etwa die §§ 23, 80 Abs.2, 244, 2251 BGB, vgl. Raape S.36

4) Brauer S.44

5) vgl. auch Bache S, 30

analoge Anwendung dann, wenn man aus der generellen Zulassung internationaler Unternehmensverbindungen den Schluß zieht, das deutsche Aktienrecht gelte für alle internationalen Zusammenschlüsse. Dies bietet sich deshalb an, weil es Abstimmungsvereinbarungen gibt, die im Ergebnis eine Unternehmensverbindung darstellen¹⁾.

Voraussetzung für eine analoge Anwendung der §§ 291-338 AktG ist, daß diese Vorschriften zumindest eine versteckte kollisionsrechtliche Regelung enthalten. Wie bei allen Normen mit ausländischen Tatbestandselementen wird man sagen können, daß Ausländer mangels einer speziellen Bestimmung dem deutschen Vertragspartner für den Fall gleichgestellt sind, bei dem sich die in Frage stehende internationale Rechtsbeziehung überhaupt nach deutschem Recht richtet²⁾. Damit ist man aber bereits bei der materiellen Betrachtung angelangt, die der kollisionsrechtlichen erst nachfolgen kann³⁾. Die Frage, welche von zwei oder mehreren denkbaren Rechtsordnungen eingreifen soll, stellt sich also überhaupt nicht mehr, da die §§ 291 - 338 AktG die Anwendbarkeit des deutschen Rechts schon voraussetzen. Man wird allenfalls sagen können, daß die §§ 291 ff fremdenrechtliche Elemente

1) vgl. Beispiel Agfa-Gevaert

2) Brauer S.50

3) Neuhaus S.14

enthalten¹⁾, da man damit Rechtssätze meint, die eine unterschiedliche oder gleiche Behandlung der Ausländer gegenüber Inländern anordnen²⁾. Fremdenrecht wird aber nach allgemeiner Ansicht nicht dem IPR zugeordnet, sondern stellt einen Teil des inländischen materiellen Rechts dar³⁾.

Dies schließt nun nicht aus, daß fremdenrechtliche Vorschriften gleichzeitig Kollisionsnormen darstellen, was aber nur dann der Fall ist, wenn die Normen ausschließlich für Ausländer gelten⁴⁾. Da die §§ 291 ff AktG nicht zwischen In- und Ausländern unterscheiden, scheidet eine kollisionsrechtliche Betrachtung auch unter diesem Gesichtspunkt aus.

Im Ergebnis bleibt somit festzuhalten, daß weder das EG BGB noch das Aktiengesetz 1965 eine ausdrückliche oder versteckte Kollisionsnorm für Stimmbindungsverträge enthält⁵⁾.

1) so auch Brauer S.50

2) Raape S.11; Neuhaus S.14

3) im Gegensatz zu Frankreich; vgl. bei Raape S.12

4) Neuhaus S,50

5) So auch Möhring-Schwartz S.291; Albrecht-Schulze-Brachmann AWD 1968, 81 ff (84)

§ 2 Kollisionsrechtliche Bestimmung des Vertragsstatuts

I) In Deutschland

Wie im vorigen Kapitel dargelegt, gibt es im deutschen IPR keine Norm, die unmittelbar bestimmt, nach welchem Recht die Beziehungen zwischen Gesellschaftern - sei es mit oder ohne Stimmbindung - zu beurteilen sind. Es war also Aufgabe von Rechtsprechung und Lehre, das für Stimmrechtsbindungsverträge einschlägige Anknüpfungsmerkmal herauszuarbeiten.

1) Rechtsprechung:

Die erste Stellungnahme zur kollisionsrechtlichen Behandlung von Stimmrechtsbindungen datiert aus dem Jahre 1939. Das Reichsgericht hatte hier darüber zu befinden, welchem Recht eine Stimmrechtsvereinbarung zwischen zwei deutschen Gesellschaftern einer aus ihnen und mehreren dänischen Gesellschaftern bestehenden dänischen Aktiengesellschaft mit Sitz in Kopenhagen zu beurteilen ist¹⁾. Das Reichsgericht hat sich mit Rücksicht auf die gemeinsame Nationalität, den gemeinsamen Wohnsitz sowie auf den Abschlußort Berlin für die Anwendbarkeit des deutschen Rechts entschieden und den Erfüllungsort, nämlich den Sitz der Gesellschaft außer Betracht gelassen²⁾.

1) RG vom 17. Juni 1939, RGZ 161, 269 ff; DR 1940, 244

2) RGZ 161, 298 f.

Die Urteilsbegründung scheint der damals noch herrschenden Auffassung in der Lehre zu entsprechen, die für die Bestimmung des Statuts von internationalen Verträgen eine Anknüpfung an verschiedene objektive Kriterien vorschlug¹⁾. Indes ergeben die weiteren Ausführungen des Reichsgerichts, daß es sich der im Vordringen befundenen Lehre von der Kollisionsrechtlichen Parteiautonomie angeschlossen hat²⁾. Danach entscheidet der ausdrücklich erklärte oder der mutmaßliche Wille der Vertragspartner darüber, welches Recht anzuwenden ist³⁾.

In dem vom Reichsgericht zu beurteilenden Stimmbindungsvertrag war keine ausdrückliche Rechtswahl enthalten. Das Gericht mußte deshalb den mutmaßlichen Parteiwillen auf Grund objektiver Kriterien ermitteln. Im Gegensatz zu der älteren Auffassung stellte es hierbei nicht auf ein einziges Indiz ab, sondern ließ das deutsche Recht erst nach einer Gesamtwürdi-

1) Für den Abschlußort: Lewald S.223; Nussbaum S.216; Wolff S.208; für den Wohnsitz: Raape S.486; für die Anknüpfung an die Nationalität der Parteien bzw. des Schuldners: Zitelmann II S.84 ff.

2) vgl. zur Lehre von der Parteiautonomie Überblick bei Bache S.47 m.w.N. unter Fn.221 sowie

3) Soergel-Siebert-Kegel, Rdnr.185 vor Art.7 EGBGB; Kronstein S.266 ff

gung aller in Betracht kommenden Umständen zur Anwendung kommen¹⁾.

2) Literatur

In der deutschen Literatur wurde die Frage der kollisionsrechtlichen Bestimmung des auf Stimmrechtsbindungen anwendbaren Rechts noch nicht umfassend erörtert. Lediglich einige Autoren geben die Entscheidung des Reichsgerichts vom 17. Juni 1939 wieder und sprechen sich unter Hinweis auf den schuldrechtlichen Charakter von Stimmrechtsverträgen überwiegend für die Anwendbarkeit der zum allgemeinen internationalen Schuldvertragsrecht entwickelten Grundsätze der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie aus²⁾. Ob diese Auffassung zutrifft, wird im dritten Teil der Arbeit weiter behandelt werden³⁾.

II) In anderen Rechtsordnungen:

1) Schweiz:

Die schweizerische Rechtsprechung hatte sich mit der

1) Die starre Anknüpfung an einen einzigen, konkreten Begriff hatte zur Folge, daß die Umstände des Einzelfalles nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten. Die objektiven Theorien werden deshalb heute nicht mehr vertreten - vgl. Umbricht S.84 ff.

2) von Godin-Wilhelmi § 136 Anm.8; Würdinger S.74; zuletzt Lübbert S.135; a.A. Koppensteiner S.139

3) vgl. unten S.67 ff.

internationalprivatrechtlichen Behandlung von Stimmrechtsbindungen noch nicht befassen müssen. Es ist lediglich das Urteil eines Schiedsgerichts bekanntgeworden¹⁾, das auf einen zwischen schweizerischen Gesellschaftern einer belgischen Aktiengesellschaft geschlossenen Konsortialvertrag entsprechend der Wahl der Parteien schweizerisches Recht angewandt hat.

In der Literatur ist die Meinung vorherrschend, daß die Parteien das auf ihren Vertrag anwendbare Recht entsprechend der Lehre von der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie selbst bestimmen können²⁾. Unterschiedliche Auffassungen bestehen aber, wenn die Parteien keine ausdrückliche Rechtswahl getroffen haben. Während Patry in diesem Falle generell das am Ort der Hauptversammlung geltende Recht anwenden will³⁾, unterscheidet Glattfelder danach, ob es sich um einen einseitigen, einen gegenseitigen oder einen als Konsortium ausgestalteten Stimmrechtsvertrag handelt⁴⁾. Verpflichtet sich nur ein Vertragspartner zu einer Stimmrechtsbindung, so soll das Recht des Landes gelten, dem der gebundene Gesell-

1) Urteil vom 30.8.1957; Nachweis bei Glattfelder S.241a, Fn.1.

2) Patry S.114a f.; Glattfelder S.241 a f.

3) Patry S.115a

4) S.241a f.

schafter angehört. Bei einem gegenseitigen Vertrag hält Glattfelder das Statut der Gesellschaft dann für maßgebend, wenn dieses wenigstens dem Heimatrecht einer Vertragspartei entspricht. Bei Konsortialverträgen schließlich ist Glattfelder der Ansicht, daß entweder das gemeinsame Personalstatut der Konsorten oder bei unterschiedlicher Nationalität das am Sitz der Konsortialleitung geltende Recht angewendet werden müsse¹⁾.

2) Niederlande:

In den Niederlanden ist die Frage nach dem auf grenzüberschreitende Stimmrechtsverträge anwendbaren Recht bisher nicht gestellt worden. Da sich aber die Lehre von der Parteiautonomie auch in Holland durchgesetzt hat²⁾, dürften keine Zweifel bestehen, daß niederländische Gerichte der Rechtswahl von Stimmrechtsvertragspartnern entsprechen würden³⁾.

Haben die Parteien keine Rechtswahl getroffen, so scheint man in den Niederlanden auf dem Standpunkt zu stehen, daß dann das für die Gesellschaft maßgebende Recht angewandt werden müsse⁴⁾.

1) S.242a

2) vgl. Nachweise bei Lübbert S.234, Fn.113.

3) Lübbert S.234

4) so jedenfalls Lübbert S.235, der sich auf mündliche Äußerungen einiger von ihm befragten niederländischen Rechtslehrer beruft.

3) England, Italien, Frankreich, Belgien:

Wie Lübbert in seiner rechtsvergleichenden Untersuchung nachgewiesen hat, gibt es auch in den anderen europäischen Rechtsordnungen keine Stellungnahmen zu der internationalprivatrechtlichen Behandlung von Stimmrechtsbindungen¹⁾. Abgesehen von Frankreich und Belgien, wo schon die Zulässigkeit von Stimmrechtsbindungen umstritten ist²⁾, scheint aber die Meinung vorherrschend zu sein, daß den Parteien die Wahl des anzuwendenden Rechts gestattet ist und bei Fehlen einer Rechtswahl an das Gesellschaftsstatut anzuknüpfen ist³⁾.

4) U.S.A.

Da es in den Vereinigten Staaten von Nordamerika kein einheitliches Gesellschaftsrecht gibt, kam der Frage nach der jeweils anwendbaren Rechtsordnung des Gliedstaates von jeher eine besondere Bedeutung zu⁴⁾.

1) Hinsichtlich England S.284; hinsichtlich Frankreich S.363; hinsichtlich Belgien S.393; hinsichtlich Italien S.438.

2) vgl. oben S.25-29

3) vgl. Lübbert S.284, 438.

4) vgl. oben S.25

Sowohl Rechtsprechung¹⁾ wie Literatur²⁾ vertreten einhellig die Auffassung, daß auf einen Stimmrechtsbindungsvertrag unabhängig von einer Rechtswahl der Parteien das für die Gesellschaft maßgebende Recht angewandt werden müsse³⁾.

-
- 1) Hodgman v. Atlantic Refining Co., 2 F 2d, 893; Ringling v. Ringling Bros.-Barnum & Bailey Combined Shows, 29 Del.Ch.318, 49 A 2d 603, mod. 29 Del.Ch. 610, 53 A 2d, 441.
 - 2) Fletcher § 2067 a.E.: "The validity of an agreement affecting the voting rights of stockholders is tested by the law of the state of incorporation".
 - 3) Diese Ansicht findet sich auch in Art.4 der "Draft Convention" der International Law Association wieder: "The (personal) law of the company governs the corporate organization and the corporate relations of the company, including rights and duties of the organs and shareholders towards the company and of the shareholders towards other shareholders" (ILA 60,X).

§ 3 Kollisionsrechtliche Bestimmung des Gesellschaftsstatuts

Nachdem im vorausgegangenen Kapitel deutlich wurde, daß in einigen europäischen Ländern bei fehlender Rechtswahl und in den U.S.A. sogar generell Stimmrechtsbindungen dem Recht der Gesellschaft zugeordnet werden, ist es notwendig, auf die kollisionsrechtliche Bestimmung dieses Rechts einzugehen.

Wie beim internationalen Schuldvertragsrecht ist auch die Anknüpfung des Gesellschaftsstatuts positivrechtlich nicht entschieden¹⁾. Während früher die verschiedensten Theorien vertreten wurden²⁾, spielen heute nur noch zwei eine Rolle, nämlich die Sitz-³⁾ und die Gründungs- oder Inkorporationslehre⁴⁾. Die Argumente für die eine oder andere Ansicht sind im wesentlichen bekannt, so daß es im Rahmen dieser Arbeit genügt, die wichtigsten Gesichtspunkte kurz zu-

1) Grasmann Rz. 140, S.130; Rz. 199, S.153; Bache S.33; Koppensteiner S.92.

2) Übersicht bei Grasmann Rz.83 ff.; Beitzke, Juristische Personen S.74 ff.; Fikentscher in: MDR 1957, 71.

3) vgl. etwa Soergel-Kegel Anm.6 zu Art.10 EGBGB; Staudinger-Raape B II, B IV zu Art.10 EGBGB; weitere Nachweise bei Bache Fn.105 und Grasmann Rz. 110, Fn.21.

4) Zusammenstellung der Meinungen bei Grasmann Rz. 468, Fn.163.

sammenzufassen und den eigenen Standpunkt zu bezeichnen.

I) Sitztheorie

Nach der Sitztheorie ist das Personalstatut einer Gesellschaft das Recht des Staates, in dessen Gebiet die Verwaltung der Gesellschaft tatsächlich geführt wird¹⁾.

Im Zentrum der Begründung für die Sitztheorie steht der Gedanke, daß Gesellschaften mit inländischem Verwaltungssitz sich nicht einfach einem Auslandsrecht unterwerfen und das inländische Recht umgehen könnten²⁾. Da sich das Leben der Gesellschaft im Sitzstaat abspiele, bestehe ein Bedürfnis, im Interesse des Sitzstaates und zum Schutze inländischer Gläubiger und Mitglieder das Statut der Gesellschaft auch nach dem Recht dieses Landes zu bestimmen³⁾.

II) Gründungs- oder Inkorporationstheorie

Die Inkorporationslehre erklärt das Recht des Staates

1) Wolff S.115; Kegel S.206

2) Grossfeld in: Rabels Z 22 (1967), S.23.

3) ders. S.24.

für maßgebend, nach dessen Vorschriften die Gesellschaft gegründet wurde¹⁾.

Als Hauptargument für diese Lehre wird angeführt, daß es leicht und sicher feststellbar sei, nach welchem Recht die Gesellschaft gegründet worden sei²⁾.

III) Eigene Stellungnahme

Die leichte Feststellbarkeit des Gesellschaftsstatuts nach der Inkorporationslehre spricht für die Richtigkeit dieser Ansicht, da es der Sitztheorie schwerfällt, bei großen und weitverzweigten Gesellschaften im Einzelfall zu bestimmen, wo sich der Ort der tatsächlichen Verwaltung befindet³⁾. Insbesondere bei Gesellschaften mit gespaltener Geschäftsleitung ist es nicht möglich, den tatsächlichen Verwaltungssitz an einem bestimmten Ort zu lokalisieren⁴⁾.

Ein weiterer Vorteil der Inkorporationslehre liegt darin, daß sich im Zeichen zunehmender weltwirtschaftlicher Integration die Standortbedingungen für Geschäftsleitung und Verwaltung immer wieder verändern können⁵⁾. Würde man hier auf den jeweiligen Sitz

1) Staudinger-Raape, Art.10 Anm.B III 1.

2) Glattfelder S.121a, Fn.99; Mann in: Festschrift für Wolff S.286

3) Grasmann Rz.372

4) Grasmann Rz.372

5) Grasmann Rz. 395

abstellen, so hätte jede grenzüberschreitende Sitzverlegung einen Wechsel des Gesellschaftsstatuts zur Folge¹⁾. Da sich eine solche Verlegung meist allmählich vollzieht und dem mit der Gesellschaft verkehrenden Publikum nicht ohne weiteres offenkundig wird, besteht die Gefahr, daß die Gesellschafts-gläubiger nicht mehr beurteilen können, welche Rechtsordnung nun für die Gesellschaft einschlägig ist²⁾. Für die Inkorporationslehre ist der Wechsel des tatsächlichen Verwaltungssitzes ohne Bedeutung, da sie von diesem Ort abstrahiert³⁾.

Hinsichtlich der von den Anhängern der Sitztheorie befürchteten Gefährdung von Gläubiger- und Mitgliederinteressen ist zu sagen, daß eine konsequente Anwendung dieser Theorie zu einer Nichtigkeit der im Ausland gegründeten Gesellschaft führen muß⁴⁾. Gerade dies kann aber nicht den Interessen der im Inland ansässigen Gläubiger und Mitglieder entsprechen, da die Gesellschaft dann im Inland nicht verklagt werden kann⁵⁾. Bei einer Klage gegen die für die Gesellschaft handelnden Personen besteht die Gefahr, daß das Urteil im Ausland nicht vollstreckbar ist, da die Gerichte des betreffenden Staates eine per-

1) Kegel S.208

2) Grasmann Rz. 391

3) Koppensteiner S.122

4) Vischer, Bemerkungen S.55

5) Koppensteiner S.132

sönliche Haftung wegen der Wirksamkeit der Gesellschaft ablehnen.

Was das Interesse des Sitzstaates betrifft, so läßt sich einwenden, daß eine nach ausländischem Recht gegründete Gesellschaft zur Betätigung im Inland gemäß §§ 12, 12a, 15 der Gewerbeordnung einer besonderen Genehmigung bedarf. Die inländischen Belange können also im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ausreichend geschützt werden¹⁾.

Zugunsten der Sitztheorie könnte allerdings sprechen, daß es nach der Inkorporationslehre nicht möglich ist, im Ausland errichtete Gesellschaften mit bloß fiktivem Sitz aufzudecken bzw. zu verhindern²⁾. Es fragt sich aber ob dieser Nachteil ausreicht, eine allgemeine Kollisionsregel im Sinne der Sitztheorie aufzustellen.

Zweifelloos wäre eine solche Schlußfolgerung dann gerechtfertigt und geboten, wenn es keine andere Möglichkeit gibt, gegen solche nur "pro forma"³⁾ gegründeten Gesellschaften vorzugehen. Dies ist aber nicht der Fall. Vielmehr läßt sich die Lücke in der

1) Grasmann Rz. 247; Koppensteiner S.117; vgl. auch Begründung des Regierungsentwurfs zu § 12 GewO, BT-Drs.IV/3290, 4.

2) etwa Gesellschaftsgründungen in Liechtenstein; vgl. dazu BGH in: DB 1970, 441 m.w.N.

3) Vischer, Bemerkungen S.56

Inkorporationslehre durch die Annahme einer Gesetzesumgehung oder durch Anwendung des *ordre public* schließen¹⁾. Der Streit, ob die Umgehung nur als Unterfall der Vorbehaltsklausel anzusehen ist²⁾ oder ein eigenständiges Institut der IPR darstellt³⁾, kann in diesem Zusammenhang unberücksichtigt bleiben, da es hier nur darum geht festzustellen, daß die Fälle von Gesellschaftsgründungen zwecks Umgehung inländischer Vorschriften auch ohne die Sitztheorie zu lösen sind. Zwar ließe sich noch einwenden, daß die Einbeziehung des Umgehungsbegriffs bzw. des *ordre public* nicht zur Sicherheit der Rechtsanwendung beiträgt. Während aber die Bedenken gegen die Sitztheorie nicht zu entkräften sind, können die Bedenken gegen die Inkorporationslehre auf der Grundlage des *ordre public* ausgeräumt werden⁴⁾.

Es bleibt im Ergebnis festzustellen, daß die maßgebliche Anknüpfung das Recht des Staates liefert, nach dessen Vorschriften die Gesellschaft gegründet wurde⁵⁾.

1) Koppensteiner S.132; Vischer, Bemerkungen S.57; Gadow-Heinichen/Meyer-Landrut Anm.7 zu § 5 AktG; Serick S.632; Kötz S.70; Begründung des Regierungsentwurfs zu § 15 Abs.2 GewO, BT-Drs.IV/3290, 6.

2) Bertram S.84 ff.; Raape S.129.

3) Römer S.89 ff.

4) Koppensteiner S.133

5) so auch die jetzt wohl herrschende Auffassung im deutschen und ausländischen IPR; vgl. v.Steiger in: SchwJbIntR 14 (1957), S.22, Fn.17

§ 4 Ineinandergreifen von Vertrags- und Gesellschaftsstatut

Keine Probleme ergeben sich, wenn die Partner eines Stimmbindungsvertrages die Rechtsordnung gewählt haben, die auch für die betroffene Gesellschaft maßgebend ist. Schwierigkeiten können nur dann auftreten, wenn die Anknüpfung an den Parteiwillen zur Anwendbarkeit einer Rechtsordnung führt, welche mit dem Statut der Gesellschaft nicht übereinstimmt. Dabei sind für die vorliegende Untersuchung zwei Konstellationen von Interesse: Entweder ist der Vertrag nach dem gewählten Statut zulässig und nach dem Gesellschaftsstatut verboten oder umgekehrt¹⁾.

I) Zulässigkeit nach Vertrags-, Unzulässigkeit nach Gesellschaftsstatut

Ist die Stimmrechtsabrede nach dem Organisationsstatut der Gesellschaft unzulässig, unwirksam oder nicht bindend, so treten tatsächliche Rückwirkungen ein, welche dem vereinbarten Vertragsstatut möglicherweise unbekannt sind.

1) Die Fälle, nach denen Stimmabreden sowohl nach Vertrags-, wie Gesellschaftsstatut zulässig oder unzulässig sind, können hier unberücksichtigt bleiben, da sie nicht zu einer Kollision zwischen zwei Rechtsordnungen führen.

Wie die Untersuchungen über die Zulässigkeit von Stimmrechtsverträgen in den einzelnen Rechtsordnungen gezeigt haben, steht vor allem das französische Recht Abreden über die Ausübung des Stimmrechts ablehnend gegenüber¹⁾. Vereinbaren also etwa deutsche Mitglieder einer französischen Aktiengesellschaft unter Zugrundelegung deutschen Rechts, ihre Stimmen bei der Gesellschafterversammlung in Frankreich in gleicher Weise abzugeben, so hängt die Durchsetzbarkeit der Vertragserfüllung teilweise vom französischen Recht ab.

1) Standpunkt der Rechtsprechung

Das Reichsgericht hat in dem bereits erwähnten Falle einer Stimmrechtsabrede deutscher Gesellschafter einer dänischen Gesellschaft²⁾ festgestellt, daß ein Verstoß gegen eine ausländische Verbotsnorm nicht die Nichtigkeit eines deutschen Rechtsgeschäfts nach § 134 BGB bewirke³⁾. Ein Verstoß gegen § 138 BGB scheide ebenfalls aus, da Stimmrechtsabreden den inländischen guten Sitten entsprechen würden⁴⁾.

1) vgl. oben S. 27 sowie Lutter in: Die AG 1966, 324, 325; Tomasi in: AWD 1967, 165, 172.

2) vgl. oben S. 38

3) RGZ 161, 296 ff., 299; vgl. auch Urteil vom 16.4.1912, Warn Rspr 5 (1912), 276; Urteil vom 22.12.1912 Gruchots Beitr. 61 (1917), 461.

4) RGZ 161, 296 ff., 300

Der BGH hat diese Rechtsprechung übernommen und entschieden, daß ein deutschem Recht unterliegender Vertrag nur dann nichtig sei, wenn er eine planmäßige Umgehung ausländischer Gesetze beinhalte¹⁾.

Während die Anwendbarkeit der §§ 134, 138 BGB mit der Rechtsprechung abzulehnen ist, erscheint fraglich, ob die Erfüllung einer Stimmrechtsbindung in einem Lande, das solche Abreden verbietet, auf eine - wie das Reichsgericht meinte²⁾ - unmögliche Leistung gerichtet und deshalb nach § 306 BGB nichtig sei³⁾.

Zwar kann man nach dem Recht von Frankreich nicht zur vertragskonformen Stimmabgabe gezwungen werden, das ändert aber nichts daran, daß der Vertrag bei Wahl deutschen Rechts auch diesem unterliegt. Die Besonderheit gegenüber einem Vertrag zwischen Mitgliedern einer inländischen Gesellschaft liegt nur darin, daß die tatsächliche Erfüllung im Ausland erfolgt. Ansonsten ist aber nach deutschem Recht zu beurteilen, ob die vertragstreuen Partner den Vertragsbrüchigen auf Schadensersatz bzw. auf

1) Urteil des 8.Senats vom 21.12.1960, BGZ 34, 169 ff, 178: Hier ging es um einen Verstoß gegen amerikanische Embargobestimmungen; vgl. auch Urteil des 2.Senats vom 24.5.1962 in: NJW 62, 1436 ff.

2) RGZ 161, 296 ff, 300

3) Es ist außerdem fraglich, ob die Unterstellung des RG, Stimmbindungen seien in Dänemark nicht erlaubt, überhaupt zutrifft.

Erfüllung¹⁾ verklagen können²⁾.

Die französische Rechtsordnung hat aber darüber zu befinden, ob und wie die Erfüllung einer Stimmrechtsvereinbarung zu vollstrecken ist³⁾, da die Erfüllung nur durch Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung

-
- 1) Die Frage der Erzwingbarkeit von vertraglichen Stimmrechtsbindungen war in der deutschen Rechtsprechung und Literatur lange umstritten. Das RG hat in ständiger Rechtsprechung Klagen auf Erfüllung einer Abstimmungsvereinbarung abgelehnt (RGZ 112, 273, 279; 119, 386, 388; 133, 90, 95; 160, 257, 262; 170, 358, 371, 373) und nur einen Schadensersatzanspruch wegen Nichterfüllung zugelassen (RGZ 112, 273, 280; 119, 386, 390; 133, 90, 95). Als Hauptargument taucht immer wieder der Gedanke auf, ein unmittelbarer Erfüllungszwang sei mit den gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen über die Willensbildung in der Hauptversammlung nicht vereinbar; weiterhin bestünde an einer Erfüllungsklage kein schützenswertes Interesse, da Urteile auf Abstimmung in einem bestimmten Sinne ohnehin nicht vollstreckbar seien. Der BGH hat die Rechtsprechung des RG nicht übernommen und ausdrücklich erklärt, daß Stimmrechtsbindungen einklagbar und vollstreckbar seien (BGH vom 29.5.1967, BGHZ 48, 163 und JZ 1968, 24 ff.) Die Literatur vertritt heute überwiegend den Standpunkt des BGH (vgl. Nachweise bei Peters AcP 156, 320, Anm.21 sowie Peters in: JZ 68, 27 f., Anm. zum BGH-Urteil).
 - 2) Für die Maßgeblichkeit des Vertragsstatuts hinsichtlich einer Klage auf Erfüllung oder Schadensersatz auch Lübbert S.477
 - 3) Für die Maßgeblichkeit des Gesellschaftsstatuts für die Vollstreckbarkeit und den Vollstreckungsweg auch Lübbert S.477; Batiffol Nr.607, S.666

lung erfolgen kann¹⁾. Wegen des Verbots von Stimmrechtsbindungen wird ein französisches Gericht wohl die Vollstreckung eines in Deutschland erstrittenen Urteils auf vertragskonforme Stimmabgabe ablehnen. Es ist also nur die Vollstreckung eines Erfüllungsanspruchs "unmöglich", nicht aber - wie das Reichsgericht meinte - die Erfüllung der Leistung selbst²⁾.

2) Stellungnahme der Literatur

Ebenso wie die hier vertretene Auffassung hat die Literatur bei der Frage der Berücksichtigung einer ausländischen Verbotsnorm das Vorliegen einer rechtlichen Unmöglichkeit abgelehnt³⁾. Der Umstand, daß die Vollstreckung eines Erfüllungsanspruchs im Gesellschaftsstatut nicht möglich sei, mache den Stimm-

1) Die Art und Weise der Zwangsvollstreckung aus vertraglichen Stimmrechtsbindungen interessiert in diesem Zusammenhange nur am Rande: Während der BGH einer Vollstreckung nach § 894 ZPO den Vorzug gibt (vgl. oben S.54 Fn. 1), will die Literatur § 887 ZPO anwenden (vgl. insbesondere Peters in: AcP 156, 311ff, 320).

Entscheidend für die eine oder andere Ansicht dürfte sein, ob man die Stimmabgabe in der Gesellschafterversammlung als bloße Willenserklärung oder als Mitwirkung an einer gemeinsamen Beschlußfassung auffaßt. Im ersten Falle bestehen gegen die Anwendbarkeit von § 894 ZPO keine Bedenken. Nach der zweiten Auslegung dürfte aber § 894 ZPO nicht weiterhelfen, da eine Vollstreckung nach dieser Bestimmung lediglich die Willenserklärung des Verpflichteten, nicht aber seine gesamte Mitwirkung an der Beschlußfassung ersetzt (Peters aaO).

2) Die Vollstreckung eines Schadensersatzanspruches gegen den vertragsbrüchigen Stimmrechtsverpflichteten kann ohne Zweifel in Deutschland durchgeführt werden, da hier die Beschlußfassung in der Gesellschafterversammlung nicht berührt wird. Ebenso richtet sich die Vollstreckung einer vereinbarten Vertragsstrafe nach dem Vertragsstatut (vgl. Rabel S.545 f).

3) Wengler S.202 ff; Zweigert S.302 ff; Bär S.87 ff;

bindungsvertrag nicht insgesamt unmöglich. Vielmehr sei darauf abzustellen, ob die Vertragspartner die Nichtdurchsetzbarkeit der Vertragserfüllung als Risiko bewußt in Kauf genommen hätten¹⁾. Treffe das zu, so sei bei einer vertragswidrigen Stimmabgabe nicht einzusehen, warum damit auch ein Schadensersatzanspruch oder eine vereinbarte Vertragsstrafe entfallen solle²⁾.

Diese Argumentation überzeugt, denn gerade mit der Vereinbarung einer Vertragsstrafe sichern sich die Parteien ab, daß die Stimmrechtsverpflichtungen beachtet werden und eine Klage auf Erfüllung des Stimmrechtsvertrages nicht notwendig ist³⁾.

Die Literatur hat sich auch gegen die Methode der Rechtsprechung gewandt, ausländische Verbotsgesetze

Rabel S.530 ff, 539, 541.

- 1) Rabel S.530 ff, 541; Bär S.55 f, der sich unter Fn.3 kritisch mit RGZ 161, 296 ff auseinandersetzt.
- 2) Rabel aaO, Bär aaO
- 3) Interessant ist in diesem Zusammenhang der Standpunkt der Praxis, den Silcher in einem Diskussionsbeitrag anläßlich eines zweitägigen Symposiums in Bochum am 29. und 30.4.1971 über Modelle internationaler Unternehmensverbindungen wiedergibt (aaO S.39): Silcher stellt fest, daß die Frage, ob eine Stimmrechtsvereinbarung in einem anderen Lande gerichtlich erzwingbar sei, für die Praxis keine Rolle spiele. Solange sich alle Partner eines Stimmbindungsvertrages an die Vereinbarung halten würden, komme es auf die rechtliche Durchsetzbarkeit gar nicht an. Wenn aber einzelne Partner entgegen der Abrede abstimmen würden, müsse der Vertrag aus praktischen Gründen aufgelöst werden.

nach den Regeln des bürgerlichen Rechts zu beachten.¹⁾
Stattdessen bemühte man sich um eine kollisionsrechtliche Lösung.

So hat Wengler²⁾ bereits im Jahre 1941 vorgeschlagen, ausländisches zwingendes Recht ohne Rücksicht auf das Schuldstatut nach dessen eigenem Geltungswillen anzuwenden, sofern zwischen dem Erlassstaat und dem Rechtsgeschäft eine "genügend enge Beziehung" bestehe. Zweigert³⁾ stellt auf den Gedanken der internationalen Entscheidungsharmonie ab und will eine ausländische Verbotsnorm dann zur Anwendung kommen lassen, wenn ihr nicht eine einseitig nationale, sondern eine international typische Interessenlage zu Grunde liege. Karl Heint Neumayer⁴⁾ geht von einem ähnlichen Ansatzpunkt aus und unterscheidet - je nach der Interessenlage - zwei Gruppen zwingender Normen: International nachgiebige, die nur dem Schutz des privaten Rechtsverkehrs dienen und international unnachgiebige, die im Interesse der jeweiligen nationalen Rechtsordnung erlassen worden sind⁵⁾. Ist eine Norm

1) vgl. insbesondere Kronstein S.290; Rehbindner S.282f

2) in: ZvglRwiss 54, 171, 172

3) in: Fünzig Jahre Institut für Internationales Recht an der Universität Kiel, 1965, S.124 ff; vorher schon in: RabelsZ 14 (1942) 285 ff.

4) in: Berichte D.Ges.f.VÖR, Heft 2 (1958), 35 ff.

5) Karl Heinz Neumayer in: RabelsZ 25 (1960), 653; Normen "ad singulorum utilitatem spectant" und Normen "ad universitatis utilitatem spectant"; vgl. auch Pillet, Principes S.285 ff, 291: er unterscheidet "lois de protection individuelle" und lois de garantie sociale".

unter die zweite Gruppe einzuordnen, so sei sie - unabhängig von der getroffenen Rechtswahl - im Wege der Sonderanknüpfung¹⁾ zu berücksichtigen²⁾. Kronstein schließlich vertritt die Auffassung, daß im Interesse eines internationalen Entscheidungseinklangs alle zwingenden ausländischen Normen beachtet werden müßten³⁾.

3) Anwendbarkeit der Lehre von der Sonderanknüpfung
auf Stimmrechtsverträge

Entwickelt wurden die hier dargelegten Meinungen
für ausländische Devisenbewirtschaftungs- und Embargo-

1) vgl. zur Lehre von der Sonderanknüpfung Überblick
bei Bache S.62-82

2) Karl Heinz Neumayer in: Berichte D.Ges.f.VÖR,
Heft 2, (1958) 50, 59 LS 9

3) S.291 ff; Kronstein bezieht sich bei seinen Ausführungen (vgl. S.294) auf eine Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 26.9.1963 (abgedruckt in: Der Betrieb 1963, 1682). Dort hat das Gericht trotz deutschem Vertragsstatut einem vertraglich vereinbarten Wettbewerbsverbot wegen Verstoßes gegen zwingende Bestimmungen des Tätigkeitslandes die Wirksamkeit versagt, da "eine deutsche Rechtsprechung keine Vertragsabsprache begünstigen oder dulden" dürfe, "die sich in einem fremden Rechtsbereich auswirken soll und sich dabei mit dem fremden Recht in Widerspruch setzt, sofern das betreffende Recht nicht gegen den ordre public verstößt".

bestimmungen, deren öffentlicher Schutzcharakter für die jeweils betroffene Rechtsordnung außer Zweifel steht.

Will man nun die Lehre von der Sonderanknüpfung auf Stimmrechtsbindungen übertragen, so stellt sich vor allem die Frage, ob ein Stimmbindungsverbot im Gesellschaftsstatut nur eine privatrechtliche Schutzbestimmung darstellt oder als zwingende Norm mit "öffentlich-rechtlicher Wurzel"¹⁾ anzusehen ist.

In Frankreich etwa könnte man aus der in Rechtsprechung und Schrifttum häufig verwendeten Formulierung "nullité d'ordre public"²⁾ schließen, daß das Verbot von Stimmbindungen auf einer öffentlich-rechtlichen Wurzel beruht³⁾. Zu bedenken ist aber, daß auch das französische internationale Privatrecht bei rein schuldrechtlichen Verträgen den Parteien die Wahl des anzuwendenden Rechts gestattet⁴⁾. Zwar könnte eine Abstimmungsvereinbarung zwischen französischen Aktionären einer französischen Gesellschaft, die deutschem Recht unterstellt wird, wegen "fraude à la loi" für nichtig erklärt werden⁵⁾. Wenn es sich aber - wie im Ausgangsfall⁶⁾ - um einen Vertrag zwischen

1) so Kronstein S.286 ff.

2) Lübbert S.363, 475.

3) Lübbert S.475

4) Batiffol Nr.574, S.626 ff.

5) Batifoll Nr.575, S.628 ff.

6) vgl. oben S.52

ausländischen Aktionären einer französischen Gesellschaft handelt, erscheint fraglich, ob das französische Recht Nichtigkeit der Vereinbarung verlangt¹⁾.

Solange sich der Vertrag nicht in Frankreich auswirkt, besteht kein schutzwürdiges Interesse der französischen Rechtsordnung. Ausgehend vom Gedanken der Territorialität²⁾ läßt sich wohl sagen, daß der französische Gesetzgeber mit seiner Entscheidung nur den Privatverkehrsverkehr in Frankreich schützen wollte. Im Unterschied zu Devisenwirtschaftsbestimmungen kann es einer nationalen Rechtsordnung gleichgültig sein, wie die Wirksamkeit einer Stimmbindung in einer anderen Rechtsordnung beurteilt wird, da die Durchsetzbarkeit und Erfüllung im eigenen Land sich auch nach dem eigenen Recht richtet.

4) Zusammenfassung:

Zusammenfassend ist festzustellen, daß nur die Wirksamkeit von Stimmbindungsverträgen vom Vertragsstatut her zu beurteilen ist, während die Auswirkung auf die Gesellschafterbeschlüsse und die tatsächliche Durchsetzbarkeit vom Gesellschaftsstatut bestimmt

1) Lübbert S.363

2) Kronstein S.292

wird. Eine Verbotsnorm im Gesellschaftsstatut wirkt sich also auf die Zulässigkeit von Stimmbindungsverträgen nach dem Vertragsstatut nicht aus.

II) Zulässigkeit nach Gesellschafts-, Unzulässigkeit nach Vertragsstatut.

Ein anderes Problem entsteht, wenn das Vertragsstatut eine Verbotsnorm enthält, welche dem Gesellschaftsstatut unbekannt ist. Vereinbart ein Gesellschafter einer deutschen Aktiengesellschaft mit einem anderen nach französischem Recht, von seinem Stimmrecht in einem bestimmten Sinne Gebrauch zu machen, so ist ein solcher Vertrag nach der Auffassung von Ehrenzweig, weil er im Inkorporationslande erlaubt ist, nach der *lex validitatis* wirksam¹⁾. Die Parteien wollen nämlich ihre Abrede einer Rechtsordnung unterwerfen, die kein Verbot enthält²⁾.

Besser erscheint eine andere Erklärung: Das Verbot von Frankreich erfaßt nur Vereinbarungen über Stimmrechte in französischen Gesellschaften, will also nur verhindern, daß das Stimmrecht in einer

1) Ehrenzweig, On conflict of laws, S.418

2) Grasmann Rz.1057

inländischen Gesellschaft gebunden wird¹⁾. Es kann aber nicht Zweck des Verbotsgesetzes von Frankreich sein, Staatsangehörige auch bei Ausübung von Stimmrechten in fremden Staaten an die Kette des eigenen Rechts zu legen²⁾. Vielmehr liegt es gerade im Interesse von Frankreich, daß seine Bewohner, die an einer deutschen Gesellschaft beteiligt sind, sich ebenso wie ihre deutschen Mitgesellschafter zusammenschließen, um bestimmte nationale Anliegen gegenüber ihren deutschen Partnern wirksam vertreten zu können.

Eine Bestätigung für dieses Ergebnis könnte sich aus Art.30 des französischen Haushaltsgesetzes für 1920 vom 31.7.1920 ergeben³⁾. Danach wurden Konsortien zwischen französischen Aktionären ausländischer Gesellschaften von der Einkommenssteuer und der Kapitalverkehrssteuer (droit d'enregistrement) befreit. Es ist zwar fraglich, ob man aus dem zitierten Gesetz auf eine generelle Anerkennung von Vereinbarungen französischer Aktionäre ausländischer Gesellschaften schließen kann, da es sich nur um eine zeitbedingte steuerliche Maßnahme gehandelt hat⁴⁾. Immerhin hat

1) ebenso für das Recht von New York: Gordon Holdings Ltd.v.Mohawk Business Machines Co., 179 NY 2d 33 ff, 34 (1, 2) vom 23.9.1958

2) Grasmann Rz.1057

3) Journal Officiel 1920, 10 934, 10 937.

4) Tiling, die Macht des Aktionärs in der Generalversammlung der französischen Aktiengesellschaft 1965, S.117.

der französische Gesetzgeber aber mit diesem Gesetz angedeutet, daß er Zusammenschlüssen in ausländischen Gesellschaften nicht völlig ablehnend gegenübersteht. Wenn das Gesetz von 1920 also nicht unbedingt eine kollisionsrechtliche Regelung enthält, so wird man es zumindest bei der internationalprivatrechtlichen Beurteilung heranziehen können¹⁾.

Zusammenfassend ergibt sich, daß ein Verbot von Stimmbindungsverträgen im Vertragsstatut dann unbeachtlich ist, wenn das Gesellschaftsstatut Stimmbindungen erlaubt.

1) so auch Lübbert S.364

Teil C: VERSUCHE, DIE STIMMRECHTSBINDUNGSVERTRÄGE
KOLLISIONSRECHTLICH DEM GESELLSCHAFTSSTATUT
ZUZUORDNEN

§ 1 Umfang der Parteiautonomie

Die bisherige Untersuchung hat gezeigt, daß das auf eine Gesellschaft anwendbare Recht nach anderen Kriterien bestimmt wird als das Recht, das auf Stimmrechtsabreden der Gesellschafter anwendbar ist. Nur bei fehlender Rechtswahl scheint - im Gegensatz zu Deutschland - in einigen europäischen Rechtsordnungen die Auffassung zu überwiegen, Stimmrechtsverträge dem Gesellschaftsstatut zuzuordnen¹⁾.

Im folgenden wird nun zu untersuchen sein, ob überhaupt ein "legitimes Interesse"²⁾ besteht, die Stimmbindungsverträge wie alle internationalen Schuldverträge einem eigenen Statut zu unterwerfen oder ob es nicht geboten erscheint, dem Gesellschaftsstatut zu Lasten des Vertragsstatuts den Vorrang zu geben³⁾. Die entscheidende Frage lautet also, ob Stimmrechtsabreden entsprechend der in den U.S.A. vorherrschenden

1) vgl. oben S.43

2) so Lübbert S.472

3) Eine umgekehrte Betrachtung scheidet von vorneherein aus, da die Gesellschafter sonst im Wege eines formlosen Vertrages die für die Gesellschaft maßgebende Rechtsordnung beliebig verändern könnten.

Meinung¹⁾ notwendig dem Gesellschaftsstatut unterliegen oder ob die Vertragspartner das maßgebende Recht selbst vereinbaren können.

Die Antwort hängt davon ab, welche Rolle die Parteiautonomie im internationalen Gesellschaftsrecht spielt, zum anderen, in welchem Verhältnis Stimmabreden zum Gesellschaftsrecht stehen. Schließlich kommt es darauf an, ob die zur Begründung der Parteiautonomie im internationalen Schuldvertragsrecht vorgebrachten Gesichtspunkte auch für Stimmrechtsbindungen zutreffen.

I) Die Maßgeblichkeit der Parteiautonomie im internationalen Gesellschaftsrecht

Neben der Sitztheorie und der Inkorporationslehre wurde in der deutschen Literatur²⁾ und Rechtsprechung³⁾ wiederholt die Auffassung vertreten, daß die Gesellschafter das auf die Gesellschaft anwendbare Recht

1) vgl. oben S.44

2) Neukamp S.219, 221

3) zuletzt BGH vom 17.12.1953 in: IPRspr 1952/53
Nr.20, S.56 = BB 1954, 242.

vertraglich vereinbaren könnten¹⁾.

Dagegen sind zwar verschiedene Einwände erhoben worden²⁾, gerade bei Personalgesellschaften ist es infolge ihres schuldvertraglichen Charakters³⁾ aber konsequent, auf sie wie bei anderen internationalen Schuldverträgen auch die Grundsätze der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie anzuwenden⁴⁾.

Bedenken könnten allerdings bei Kapitalgesellschaften bestehen.

Wie sich aus der eindeutigen Formulierung des Gesetzes ergibt, haben sowohl die Satzungen von Aktiengesellschaften (§ 2 AktG) als auch von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (§ 2 GmbHG) Vertragscharakter⁵⁾. Damit lassen sich die Satzungen zwar nicht unmittelbar dem Schuldvertragsrecht zuordnen, sie weisen aber doch Ähnlichkeiten mit den Gesellschaftsverträgen von Personalgesellschaften auf, so daß

1) weitere Nachweise bei Grasmann Rz.87, Fn.11 und 12

2) Beitzke, Diskussionsgrundlage S.29; Grossfeld in: RabelsZ 31 (1967) S.24.

3) Für die Gesellschaft des bürgerlichen Rechts vgl. §§ 705 ff BGB; für die OHG und KG §§ 105, 151 Abs.2 HGB

4) Grasmann Rz.523; BGH Urteil vom 26.9.1966 in: AWD 1966, 454

5) Ebenso werden die Statuten von Genossenschaften und - zumindest bis zur Eintragung in das Vereinsregister - die Satzungen von Vereinen als Verträge behandelt (vgl. Parisius-Crüger, GenG § 5 Anm.58/59; Soergel-Schultze von Lasaulx, § 25 Rz.7).

einer kollisionsrechtlichen Gleichbehandlung nichts im Wege steht¹⁾.

Die Anerkennung der Lehre von der Parteiautonomie im internationalen Gesellschaftsrecht scheint zwar zu einem Widerspruch zu der hier bereits bejahten Inkorporationslehre²⁾ zu führen³⁾. Wie aber von einigen Autoren nachgewiesen wurde, schließen sich beide Lehren nicht aus⁴⁾. Vielmehr liegt in der Inkorporationslehre eine Zulassung der Rechtswahl unter der Bedingung, daß die gewählte Rechtsordnung zustimmt⁵⁾. Die Inkorporationslehre setzt die Parteiautonomie also begrifflich voraus, da die Gründung einer Gesellschaft nach den Normen einer bestimmten Rechtsordnung bereits mit der Wahl dieser Rechtsordnung beginnt. Das zeigt sich auch daran, daß bei einer fehlerhaften Gesellschaftsgründung auf das von den Parteien gewählte Recht zurückgegriffen wird⁶⁾.

II) Maßgeblichkeit der Parteiautonomie für Stimmrechtsverträge

Wie schon im zweiten Teil der vorliegenden Arbeit

1) so auch mit eingehender Begründung Grasmann Rz.526.

2) vgl. oben S.50

3) Beitzke, Diskussionsgrundlage S.29

4) Mann in: Festschrift für Wolff, S.286; Neuhaus S.170, Fn.412.

5) Neuhaus aaO

6) Grasmann Rz.522

erwähnt, sprechen sich sowohl Rechtsprechung wie Literatur in Deutschland und in anderen europäischen Staaten dafür aus, auch bei Stimmrechtsabreden den Parteien die Wahl des anzuwendenden Rechts zu gestatten¹⁾.

Zur Begründung dieser Ansicht reicht es zweifellos nicht aus, allein auf die Anerkennung der Parteiautonomie im internationalen Gesellschaftsrecht zu verweisen, da die Rechtswahl dort nur im Zusammenhang mit der Gesellschaftsgründung gesehen werden kann. Im übrigen läßt sich zwischen Stimmrechtsabreden und dem Gesellschaftsrecht keine für eine entsprechende Anwendung erforderliche Rechtsähnlichkeit feststellen. Nach den Stimmrechtsvereinbarungen ist das Gesellschaftsrecht selbst - sei es nun als Aktien- oder als GmbH-Recht - nur das Objekt. Die Wirkungen von Stimmabreden auf die betroffene Gesellschaft sind nur mittelbar, d.h. es ist erforderlich, daß das Stimmrecht in der Gesellschafterversammlung tatsächlich in dem durch den Vertrag beschlossenen Sinne ausgeübt wird.

Schließlich zeigt die Tatsache, daß das Gesellschaftsrecht mit Ausnahme von § 136 Abs.3 AktG keine Be-

1) vgl. oben S.40 ff

stimmungen über Stimmrechtsverträge enthält, daß es an solchen Verträgen auch nicht interessiert ist¹⁾.

Es wird also notwendig sein, die Anwendbarkeit der Lehre von der Parteiautonomie auf Stimmrechtsabreden aus der Rechtsnatur der Abreden und den Begründungen für die Parteiwahl nachzuweisen.

Dazu wurde schon eingangs²⁾ ausgeführt, daß die ganz herrschende Meinung Stimmrechtsabreden als rein schuldrechtliche Verträge auffaßt. Von daher ist es verständlich, sie internationalprivatrechtlich wie andere Schuldverträge auch der Parteiautonomie zuzuordnen. Fraglich ist aber, ob auch die Argumente für die Parteiautonomie auf Stimmrechtsverträge zutreffen.

III) Die Gründe für die Anknüpfung an den Parteiwillen im internationalen Schuldvertragsrecht und ihre Anwendbarkeit auf Stimmrechtsverträge

Trotz der von einigen Autoren wiederholt vorgebrach-

1) Koppensteiner S.139

2) vgl. oben S.17 ff

ten Bedenken¹⁾ hat sich der Grundsatz der Parteiautonomie oder Verweisungsfreiheit²⁾ spätestens seit der 7.Haager Konferenz für internationales Privatrecht

-
- 1) So wurde vorgetragen, daß eine Anknüpfung an den Parteiwillen methodisch falsch und logisch und begrifflich nicht möglich sei. Nach der Lehre von der Parteiautonomie unterstehe die Rechtsordnung dem Parteiwillen. Der Wille der Partei können aber nur im Rahmen und kraft einer Rechtsordnung verbindlich werden (Lewald S.201; Schnitzer S.172; Gutzwiller in: RabelsZ 6 (1932) S.94). Diese Kritik hat sich schon bald als nicht stichhaltig erwiesen. Die Parteien sind nicht ihre eigenen Gesetzgeber, sondern unterwerfen sich mit der Rechtswahl gerade einer staatlichen Rechtsordnung. Die Parteiautonomie ist also nicht originär, sondern derivativ (vgl. Haudek S.6; Moser S.152 ff; von Bar Bd.II S.4)

Gegen die Parteiautonomie wurde weiter eingewendet, daß zwingende Normen durch Parteivereinbarung nicht ausschaltbar seien (Görtz in: ZIR 41 (1929) S.54).

Dagegen läßt sich sagen, daß es die Parteiautonomie nur ermöglicht, eine Rechtsordnung im gesamten und nicht etwa nur einzelne Bestimmungen zu wählen. Es kann sich bei diesem Einwand also nur darum handeln, zwingende Normen einer "anderen" Rechtsordnung auszuschalten. Der Sinn und Zweck einer Kollisionsnorm liegt aber gerade darin, nicht mehrere Rechtsordnungen gleichzeitig zur Anwendung kommen zu lassen. Insoweit sind die zwingenden Normen der "anderen" Rechtsordnung nicht durch den Parteiwillen sondern durch eine ihn autorisierende Kollisionsnorm ausgeschaltet (Gamillscheg in: AcP 157, 303 ff, 306; Moser S.193).

Auch die übrigen gegen die Parteiautonomie geltend gemachten Bedenken sind nicht überzeugend, was durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesen wurde (vgl. zuletzt Simitis in: JUS 1966, 209 ff; Bache S.48 ff).

- 2) so Gamillscheg in: AcP 157, 303 ff.

vom 31. Oktober 1951 in fast allen Rechtsordnungen durchgesetzt¹⁾. Es ging dabei allerdings mehr um die Frage der Rechtswahl bei internationalen Kaufverträgen, was auch zu dem Haager Kaufrechtsabkommen vom 1. Juli 1964 führte²⁾.

Es wird also notwendig sein, die Begründungen für die Parteiautonomie im einzelnen zu untersuchen und zu klären, ob sie auch auf Stimmrechtsverträge anwendbar sind.

- 1) Die Parteien als beste Interpreten ihrer eigenen Angelegenheiten

Die Zulässigkeit der Parteiautonomie wird hauptsächlich damit begründet, daß die Vertragspartner die Umstände des Einzelfalles selbst am besten kennen würden und demzufolge auch am ehesten zur Bestimmung der anwendbaren Rechtsordnung befähigt seien³⁾.

Diese dem materiellen Recht entnommene Begründung

1) vgl. Aufzählung bei Umbricht S.27.

2) Dieses Abkommen wurde von der Bundesrepublik am 11.10.1965 unterzeichnet und ist am 18.7.1973 in Kraft getreten (Bundesgesetzblatt 1973, Teil II S.885 ff).

3) Bache S.56; Umbricht S.64, 69; Raape S.458; Dölle in RabelsZ 17 (1952), 170; Neuhaus S.172.

kann nur dann und solange zutreffen, als die Freiheit der Rechtswahl sich nicht auf Dritte auswirkt. Die Parteiautonomie hat also bei solchen Rechtsverhältnissen zurückzutreten, an denen auch andere Personen interessiert sind¹⁾.

Gerade hier tauchen bezüglich der Stimmrechtsverträge Bedenken auf. Stimmbindungen werden zu dem Zwecke eingegangen, die Interessen der Gesellschaftsmitglieder zu koordinieren, um einen stärkeren Einfluß auf die Gesellschaft auszuüben²⁾. Dies kann nun für die nicht am Vertrag beteiligten Gesellschafter erhebliche Nachteile mit sich bringen, etwa wenn die geschlossenen Stimmabgabe der Durchsetzung gesellschaftswidriger Zwecke dienen soll. So wäre es denkbar, daß die Vertragspartner noch Mitglieder einer ausländischen Gesellschaft sind und bei der Abstimmung die Interessen dieser Gesellschaft in den Vordergrund stellen. Unterstellen die Parteien in einem solchen Falle ihren Vertrag ausdrücklich dem Recht der ausländischen Gesellschaft, so erscheint fraglich, ob die außenstehenden Gesellschafter durch eine Anfechtung des Gesellschaftsbeschlusses nach § 243 Abs. 2 AktG ausreichend geschützt sind,

1) so ausdrücklich Neuhaus S. 173 unter Hinweis auf die Erteilung einer Vollmacht; vgl. dazu auch eingehend unten S. 85 ff

2) Zluhan S. 76

da sie unter anderem dartun müßten, daß die Stimmabrede auch nach der gewählten Rechtsordnung gesellschaftswidrig ist.¹⁾

Die Parteien eines internationalen Stimmrechtsbindungsvertrages sind also keine Interpreten ihrer eigenen Angelegenheiten, da sie durch ihn auch über die Belange der nicht am Vertrag beteiligten Gesellschafter mitentscheiden.

2) Bedürfnisse des internationalen Verkehrs

Die Parteiautonomie wird auch damit gerechtfertigt, daß sie am ehesten den Bedürfnissen der Praxis entspreche²⁾, weil sie den Parteien eine umfassende Dispositionsfreiheit einräume³⁾.

Auch dieses Argument ist bei Stimmrechtsverträgen nicht stichhaltig. Die Bedürfnisse des internationalen Verkehrs verlangen es vielmehr, daß die Pflichten der einzelnen Gesellschaftsmitglieder, insbesondere dann, wenn sie verschiedenen Staaten

1) Wegen der Geheimhaltung der Abreden kann im übrigen schon der Nachweis der Rechtswahl schwierig sein.

2) Umbricht S.64

3) Vischer, Internationales Vertragsrecht, S.26

angehören, nach ein und derselben Rechtsordnung beurteilt werden¹⁾.

3) Internationale Anerkennung der Lehre von der Parteiautonomie

Die Tatsache, daß sich die Anknüpfung an den Parteiwillen in fast allen Staaten durchgesetzt hat²⁾, scheint in der Tat ein gewichtiges Argument für die Parteiautonomie zu sein, entspricht dies doch dem im internationalen Privatrecht anzustrebenden Entscheidungseinklang³⁾.

Voraussetzung wäre allerdings, daß alle Rechtsordnungen die der Disposition der Parteien überlassene Materie gleich behandeln, so daß es gleichgültig ist, welches Recht im einzelnen gewählt wurde. Die zur Wahl anstehenden Rechtsordnungen müßten also gewissermaßen "auswechselbar" sein⁴⁾.

1) Grasmann Rz.560

2) vgl. oben S.71

3) Bache S.58

4) Vischer, Internationales Vertragsrecht, S.27 sowie in: Festgabe für Gerwig S.169 und Bär S.218, 219 sehen in der Auswechselbarkeit der Rechtsordnungen die einzig überzeugende Begründung für die Parteiautonomie; Bär S.216: Die Grenze der Parteiautonomie liege dort, "wo die Äquivalenz ausbleibt, nämlich wo die *leges causae* entweder Entsprechendes nicht kennen oder aber es durch einen gesonderten räumlichen Geltungsanspruch aus der Verknüpfung mit dem gemeinen Privatrecht lösen; vgl. auch Neumayer, *Revue* 47 (1958), S.62

Wie die ablehnende Haltung einiger Staaten zeigt, kann bei Stimmrechtsvereinbarungen von einer Auswechselbarkeit der Rechtsordnungen nicht gesprochen werden. Somit trifft auch diese Begründung auf Stimmrechtsabreden nicht zu.

IV) Zusammenfassung

Trotz der grundsätzlich im internationalen Schuldvertragsrecht anzuerkennenden kollisionsrechtlichen Parteiautonomie bestehen erhebliche Bedenken, die Freiheit der Rechtswahl auch bei Stimmrechtsverträgen zuzulassen. Insbesondere wegen der möglichen Auswirkungen auf die außenstehenden Gesellschafter kann die Frage des auf Stimmrechtsabreden anwendbaren Rechts nicht isoliert gestellt werden, sondern ist als Bestandteil der Frage nach dem Umfang des Gesellschaftsstatuts zu erfassen.

§ 2) Gründe für eine Aufspaltung in Vertrags- und
Gesellschaftsstatut

Bei der Ermittlung des Gesellschaftsstatuts gehen sowohl die Anhänger der Sitz- als auch der Inkorporationslehre übereinstimmend von dem Gedanken aus, daß jede Gesellschaft eine Einheit bildet und damit alle sie betreffenden Fragen möglichst *e i n e r* bestimmten Rechtsordnung, nämlich dem Gesellschaftsstatut zu unterstellen sind¹⁾. Eine Aufspaltung soll also nur vorgenommen werden, wenn andere Gesichtspunkte eine Trennung dieser Einheit verlangen.

I) Vergleich zu ähnlichen Vereinbarungen

1) Vorgründungsverträge

Eine Trennung wird allgemein bei Vorgründungsverträgen befürwortet, wobei an ein eigenes Vertragsstatut angeknüpft wird²⁾.

Für eine solche Auffassung lassen sich in der Tat beachtliche Gründe aufzählen. So ist die Gesell-

1) Vischer, Bemerkungen S.51; Koppensteiner S.138

2) Wolff IPR S.117 a.E.; Soergel-Kegel Anm.12 zu Art.10 EGBGB; Rabel II S.71; Koppensteiner S.138; RG IPRspr 1931 Nr.11

schaft mit Abschluß des Vorvertrages noch nicht nach außen tätig, so daß Drittinteressen nicht die Anwendung des Rechts verlangen können, das für die Gesellschaft später auch tatsächlich maßgebend sein soll. Weiterhin sind die in dem Vorvertrag abgegebenen Willenserklärungen noch nicht Bestandteile der Gründung selbst, sondern bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Aufnahme in den eigentlichen Gründungsvertrag.

2) Wettbewerbsverbote zwischen GmbH-Gesellschaftern

Ähnlich verhält es sich bei vertraglich vereinbarten Wettbewerbsverboten zwischen Mitgliedern einer GmbH.

Da das deutsche GmbH-Recht im Gegensatz zum Aktienrecht und Personalgesellschaftsrecht¹⁾ das Wettbewerbsverbot nicht regelt, sind die Gesellschafter einer deutschem Recht unterliegenden GmbH gehalten, ein solches Verbot entweder gesondert zu vereinbaren oder in den Gesellschaftsvertrag mit aufzunehmen. Damit entsteht nun aber nicht eine gesellschaftliche Verpflichtung, sondern die Abrede ist materiell-rechtlich nach den Regeln des BGB²⁾ und kollisionsrechtlich

1) § 88 AktG; §§ 60, 61, 74 ff, 112, 113 HGB.

2) Scholz, GmbHG § 3, Anm.18; Schilling in Hachenburg, GmbHG § 3, Anm.33, 42, 47; Kirchner, Auslegung eines vertraglichen Wettbewerbsverbotes bei einer GmbH in: GmbH-Rdsch.1962, 26.

infolgedessen nach den Grundsätzen des internationalen Schuldvertragsrechts zu beurteilen.

II) Verwertbarkeit für Stimmbindungsverträge

Auch Stimmrechtsbindungen enthalten - wie schon mehrmals festgestellt wurde¹⁾ - keine gesellschaftsrechtlichen Verpflichtungen. Insofern wäre eigentlich schon ein Ansatz gegeben, sie auch kollisionsrechtlich anders zu behandeln als die Gesellschaften.

Es wurde aber auch betont, daß in der praktischen Wirklichkeit zwischen Stimmabreden und dem betroffenen Gesellschaftsrecht enge Verbindungen bestehen, da die vertraglichen Pflichten nur im Geltungsbereich des Gesellschaftsstatuts erfüllt werden können²⁾. Zur Begründung einer unterschiedlichen Anknüpfung kann es deshalb nicht ausreichen, sich allein auf den nichtgesellschaftlichen Charakter der Stimmbindungsverträge zu berufen.

Das Reichsgericht hat in dem mehrfach erwähnten Urteil³⁾ die Auffassung vertreten, die Annahme eines

1) vgl. oben S.17

2) Davon zu unterscheiden ist die Frage, nach welchem Recht ein Vertragsbrüchiger zur Erfüllung angehalten werden kann, vgl. oben S.54

3) RGZ 161, 296 ff.

selbständig zu ermittelnden Vertragsstatuts rechtfertige sich deshalb, weil durch die rein schuldrechtlichen Bindungen der Parteien selbst bei Verletzung der Vertragspflichten die Gültigkeit der Abstimmung in der Gesellschafterversammlung sachlich nicht berührt werde. Nach dem Gesellschaftsstatut beurteile sich nur, welche Auswirkungen eine - vereinbarungsgemäße oder vereinbarungswidrige - Stimmabgabe im Verhältnis zur betroffenen Gesellschaft habe.

Auch ein Blick in die amerikanische Rechtsprechung zeigt, daß dort die Auswirkungen der Stimmabsprache auf die Gesellschaft nach dem Gesellschaftsstatut beurteilt werden ¹⁾.

1) Als Beispiel mag der Fall Ringling v. Ringling Bros. 49 A 2d 603 ff genügen:

Hier hatte sich der Court of Chancery von Delaware mit der Zulässigkeit eines voting trust agreement zu befassen, in welchem sich zwei Gesellschafter einer in Delaware inkorporierten Gesellschaft verpflichtet hatten, einheitlich abzustimmen und bei Uneinigkeit einen Schiedsrichter entscheiden zu lassen, wie abgestimmt werden müsse.

Die Beklagte hatte anders gestimmt als vereinbart worden war. Der Kläger war der Meinung, die Zulässigkeit des agreements sei entweder nach dem Recht von Illinois zu beurteilen, weil der Vertrag dort abgeschlossen wurde, oder nach dem Recht von New York, wo sich die Geschäftsräume befanden und regelmäßig die Gesellschafterversammlungen abgehalten wurden.

Demgegenüber sah es das Gericht als gesichert und aus Zweckmäßigkeitsgründen fast als notwendig an, daß die Durchsetzung einer Vereinbarung über die Stimmrechtsausübung dem Recht des Inkorporationsstaates Delaware zu entnehmen sei. Über die Frage, nach welcher Rechtsordnung die Zulässigkeit der Abrede zu beurteilen ist, hat sich das Gericht nicht geäußert. Offenbar ging es davon aus, daß die Abrede nach allen in Betracht kommenden Rechten zulässig war.

Eine Parallele läßt sich in diesem Zusammenhang auch zu der kollisionsrechtlichen Behandlung von Ver-
fügungen über Gesellschaftsanteile ziehen. Hier wird
entsprechend der Aufteilung in Grund- und Erfüllungs-
geschäft zwischen Vertrags- und Gesellschafts- (Er-
füllungs-)statut unterschieden¹⁾.

1) RG IPRspr 1928 Nr.13; Soergel-Kegel Anm.21 zu
Art.10 EGBGB; Vischer, Bemerkungen S.58; Gras-
mann Rz.1015 ff.

§ 3) Gründe für die Maßgeblichkeit des Gesellschaftsstatuts

I) Schwierigkeiten bei fehlender Rechtswahl

Bei der Erörterung der kollisionsrechtlichen Partei-autonomie wurde bereits darauf verwiesen, daß die deutsche Rechtsprechung und Lehre bei Fehlen einer Rechtswahl auf den mutmaßlichen Parteiwillen abstellt¹⁾. Es wird dabei im Wege einer ergänzenden Vertragsauslegung (§ 157 i.V.m. § 242 BGB) die Rechtsordnung angewandt, in der sich nach den Umständen des Einzelfalles der S c h w e r p u n k t des Schuldverhältnisses befindet²⁾.

Zur Feststellung dieses Schwerpunktes hat die Rechtsprechung zahlreiche Kriterien entwickelt. So wurden als Anhaltspunkte herangezogen die Staatsangehörigkeit der Parteien³⁾, der Wohnsitz bzw. der Arbeits-

1) vgl. oben S.39/40

2) Gammillscheg in AcP 157, 301; Gegen die Methode der ergänzenden Vertragsauslegung wird eingewendet, eine Lücke des Vertrages liege nicht vor, da die Rechtsordnung nicht Vertragsteil sei, sondern vor und außer ihm stehe (so etwa OLG Hamburg IPRspr 1952/53 Nr.3). Dieser Einwand ist aber nicht stichhaltig, da nicht die Rechtsordnung selbst, sondern nur die Rechtswahl als Teil des Vertrages anzusehen ist. Diese "Wahl" kann der Richter jederzeit im Wege einer ergänzenden Auslegung nachholen (so auch Gammillscheg AcP 157, 326).

3) RGZ 120, 72; BGH LM EG 11 Nr.2

verhältnissen der Arbeitsort¹⁾, der Schwerpunkt der geschäftlichen Tätigkeit²⁾, die Währung³⁾, die Vertragssprache⁴⁾, die Gerichtsstandsvereinbarung⁵⁾, bei Verträgen, die Grundstücke zum Gegenstand haben, das Recht der belegenen Sache⁶⁾. Reicht keines dieser Kriterien zur Feststellung eines Schwerpunktes des Schuldverhältnisses aus, so wird als "subsidiäre Rechtsordnung" auf die des Erfüllungsortes zurückgegriffen⁷⁾.

Allen gerade referierten Indizien für eine mutmaßliche Parteiverweisung ist gemeinsam, daß es in Wahrheit nicht um die Suche nach der von den Parteien gewollten Rechtsordnung geht, sondern daß vielmehr im Wege einer objektiven Interessenwertung versucht wird, den Parteiwillen zu ergründen⁸⁾.

Entsprechend diesem Gedanken liegt es auf der Hand,

1) BAG in NJW 1959, 1893.

2) RGZ 119, 259.

3) RGZ 118, 282; BGH in AWD 1958, S.33

4) RG IPRspr. 1931 Nr.34; nach BGHZ 19, 110 Vertragssprache ohne Bedeutung

5) RG IPRspr.1931 Nr.34; a.A. BAG JZ 1955, 513; BGHZ 1, 112

6) RGZ 101, 64 und Warn Rspr. 14, 303

7) RGZ 103, 259; BGH in Der Betrieb 1958, 162

8) Soergel-Siebert-Kegel, Rdnr.190 vor Art.7 EGBGB; Palandt-Lauterbach, Vorbem.2a vor Art.12 EGBGB; Raape in NJW 1959, 1016; Reithmann aaO S.11; BGHZ 9. 223; 17, 92

beim Fehlen einer Rechtswahl Stimmbindungsverträge an das Gesellschaftsstatut anzuknüpfen. Der Vertrag ist nämlich, wie das Reichsgericht bemerkt, zum großen Teil an dem Ort zu erfüllen, an welchem die Gesellschaft registriert ist¹⁾ und er lehnt sich an den Gesellschaftsvertrag an²⁾.

Trotzdem kam das Reichsgericht in dem ihm unterbreiteten Falle, in welchem es sich um Stimmabreden deutscher Gesellschafter einer dänischen Aktiengesellschaft mit Sitz in Kopenhagen handelte, zur Anwendbarkeit deutschen Rechts³⁾. Diese Ansicht war aber nur auf Grund der besonderen Verhältnisse des konkreten Sachverhalts vertretbar. Wäre beispielsweise an dem Stimmrechtsvertrag, mit dem sich das Reichsgericht zu befassen hatte, außer den beiden deutschen Gesellschaftern auch einer der dänischen beteiligt gewesen, so hätte voraussichtlich kein Wille der Parteien angenommen werden können, die Abrede deutschem Recht zu unterstellen.

Noch deutlicher wird dies, wenn man etwa annimmt, an

1) RGZ 161, 299.

2) Für die Beurteilung von Verträgen, welche sich an eine andere Rechtsordnung anlehnen, nach dem Recht, welches diesen anderen Vertrag beherrscht Wolff aaO S.140; Kegel aaO S.231; LG Hamburg in MDR 1964, 422.

3) vgl. auch oben S.38

der fraglichen Vereinbarung hätten auch mehrere Personen anderer Nationalitäten mitgewirkt. Hier würde es geradezu als willkürlich erscheinen, im Wege eines angeblich objektiven Interessenausgleichs die Rechtsordnung anzuwenden, der die Mehrzahl der Vertragspartner unterstehen. Zwar ist die Beziehung dieser Personen untereinander infolge ihrer gleichen Staatsangehörigkeit von Gewicht, es kann aber nicht gesagt werden, daß sie gerade für eine Stimmabrede den Schwerpunkt bildet und vor allen anderen Gesichtspunkten erkennbar ausschlaggebend ist¹⁾.

Genauso ist es, wenn man den Parteien die Wahl der Rechtsordnung unterstellt, die am Ort ihres Vertragsschlusses gilt²⁾. Obwohl ein räumlicher Zusammenhang nicht zu verleugnen ist, würde eine Anknüpfung an den locus contractus nicht unbedingt den objektiven Interessen der Parteien entsprechen, zumal es oft von Zufälligkeiten abhängt, wo sich die Vertragsschließenden gerade aufhalten³⁾.

Da auch andere objektive Anknüpfungsmerkmale, die

1) Anhaltspunkte für eine bestimmte Rechtsordnung lassen sich allenfalls dann feststellen, wenn der Stimmbindungsvertrag als Konsortialvertrag ausgestaltet ist und eine Konsortialleitung aufweist; vgl. unten S. 90 und Glattfelder S. 242a

2) Camillischeg aaO S. 319, Fn. 64

3) RGZ 101, 141

sich aus den Umständen des Vertragsschlusses ergeben können, in der Regel keine bestimmte Rechtsordnung aufdrängen, bietet es sich an, bei fehlender Rechtswahl den Vertrag dem Gesellschaftsstatut zu unterstellen¹⁾. Zu diesem Statut haben alle Vertragspartner dieselbe Beziehung, da nur dieses Auskunft über ihre Stellung als Mitglieder der betroffenen Gesellschaft geben kann. Im Sinne der Schwerpunktlehre sind daher die Vertragsschließenden am ehesten mit dem materiellen Recht der Gesellschaft verknüpft, da sie ihre Vertragspflichten nur dort erfüllen können²⁾.

II) Schutz der nicht am Vertrag beteiligten Gesellschafter

Da bei einem Vertrag in der Regel die Interessen Dritter nicht berührt werden, bestehen gegen die kollisionsrechtliche Parteiautonomie grundsätzlich

1) so auch Glattfelder (aaO S.241a) für den Fall, daß ein Vertragspartner seinen Wohnsitz am Ort der Gesellschaft hat: "Sind bei einem zweiseitigen ABV (d.h. Aktionärsbindungsvertrag) beide Vertragspartner bei der gleichen Gesellschaft gebunden und hat der eine von ihnen sein Domicil im gleichen Lande, dessen Recht die AG untersteht, so dürfte wohl der engste räumliche Zusammenhang mit diesem bestehen."

2) Ähnlich Ferid in Festschrift für Hueck aaO S.349, wenn er betont, daß bei Nichtfeststellbarkeit eines mutmaßlichen Parteiwillens der Vertrag mit dem Ort - und damit auch mit dessen Recht - am engsten verknüpft ist, "an dem das gemeinsame Ziel verfolgt werden soll"; ebenso BGH in NJW 1967, 36.

keine Bedenken. Eine andere Wertung könnte aber dann geboten sein, wenn trotz der "inter partes" - Bedeutung des Vertrages Drittinteressen so stark tangiert werden, daß die Beachtung einer bestimmten Rechtsordnung erforderlich wird.

Als Beispiel mag der Fall grenzüberschreitender Kaufverträge unter Eigentumsvorbehalt dienen. Hier hat der Verkäufer zwar ein Interesse, daß die Rechtsordnung maßgebend ist, die am Ort der Eigentumsvorbehaltsvereinbarung gilt. Der BGH¹⁾ hat aber richtig erkannt, daß die Interessen der Gläubiger des Käufers denjenigen des Verkäufers vorgehen müssen. Das hat zur Folge, daß das Sachenrecht des Bestimmungsortes zu beachten ist und nicht durch Wahl einer anderen Rechtsordnung umgangen werden kann²⁾. Allerdings wird der schuldrechtlich vereinbarte Eigentumsvorbehalt mit dem Zeitpunkt wirksam, in dem der Kaufgegenstand in den Bereich der Rechtsordnung gelangt, in welcher der Parteiwille auch sachenrechtlich relevant wird³⁾. Aber jedenfalls zeigt dieses Beispiel, daß das im Wege der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie gefundene Vertragsstatut

1) BGHZ 45, 95; 50, 45.

2) Siehr, Der Eigentumsvorbehalt im internationalen Privatrecht, in: AWD des BB 1971, 10 ff

3) ders. S.20

solange unbeachtlich ist, als dadurch die Interessen Dritter verletzt werden können.

Ausgehend von diesem Gedanken ist nun zu untersuchen, ob auch bei Stimmbindungsverträgen die Interessen Dritter es gebieten, das für die Gesellschaft maßgebende materielle Recht anzuwenden.

Als Dritte kommen in diesem Zusammenhang in Betracht die nicht an der Abrede beteiligten Gesellschafter und die betroffene Gesellschaft selbst bzw. die Organe, die sie vertreten¹⁾.

Grundsätzlich gilt bei den kapitalgesellschaftlichen Regelungen aller Rechtsordnungen das Mehrheitsprinzip, wobei die Mehrheit nicht nach Personen, sondern nach den Kapitalanteilen berechnet wird²⁾.

Bei Abstimmungen in der Gesellschafterversammlung hat sich somit die Minderheit im Sinne des demokratischen Grundmodells der Mehrheit zu beugen.

Daran ändert sich auch nichts, wenn sich die Mehrheit des Gesellschaftskapitals vorher zu einem bestimmten Verhalten verpflichtet hat. Die Frage des

1) Im weitesten Sinne sind natürlich auch die Gläubiger der Gesellschaft Dritte. Ein schutzwürdiges Interesse besteht aber hier nicht, da es sich bei Stimmbindungen um einen innergesellschaftlichen Vorgang handelt.

2) vgl. oben S.13

Minderheitsschutzes stellt sich also sowohl mit als auch ohne Stimmbindung.

Eine andere Konstellation ergibt sich aber, wenn sich eine Minderheit von Gesellschaftern zu geschlossenem Stimmeneinsatz verpflichtet. Hier wird auf das demokratische Grundmodell der Gesellschaft Einfluß genommen und unter Umständen ein anderer Gesellschaftsbeschuß erreicht, als es ohne Stimmbindung der Fall gewesen wäre.

Demzufolge sind auch Bestimmungen, die dem Schutze der nicht am Vertrag beteiligten Gesellschafter und der Gesellschaft selbst dienen, in erster Linie im Gesellschaftsstatut zu suchen¹⁾ und erst in zweiter Linie im Recht des Vertragsstatuts²⁾. Trotz der rein schuldrechtlichen Beziehung zwischen den Stimmvertragspartnern kommt es also auf die für die Gesellschaft maßgebende Rechtsordnung an³⁾. Nur sie allein kann darüber befinden, wie Wesen und Umfang der Gesellschafterrechte sowie der Abstimmungsvorgang und seine Hintergründe zu regeln sind.

Eine gesellschaftsrechtliche Beurteilung ist auch

1) Beitzke, Juristische Personen S.134; Vischer, Bemerkungen S.71

2) ähnlich Glattfelder S.274a

3) a.A. Lübbert S.135

deshalb geboten, weil es sich bei der Frage des Schutzes der nicht beteiligten Gesellschafter um einen Teil der Beziehungen der Gesellschafter zueinander und zur Gesellschaft handelt, auf die nur das Gesellschaftsstatut selbst eine Antwort geben kann¹⁾.

Mit dieser Feststellung wird deutlich, daß auch die Zulässigkeit von Stimmrechtsbindungen in den Bereich des Gesellschaftsstatuts fallen muß, da nur dieses einen Streit zwischen gebundenen und nicht gebundenen Gesellschaftern bezüglich der Wirksamkeit einer Abstimmung bzw. der Gültigkeit einer gebundenen Stimmgabe für alle befriedigend lösen kann. So ist auch gewährleistet, daß die Verpflichtungen aller Gesellschafter nach ein und derselben Rechtsordnung beurteilt werden²⁾.

Es bleibt damit festzuhalten, daß nicht nur die Erfüllung, sondern auch die Verpflichtung zu einer gebundenen Stimmabgabe dem Gesellschaftsstatut zuzuordnen ist, und eine Aufspaltung in zwei Statuten nicht notwendig ist.

1) Koppensteiner S.169

2) vgl. auch Grasmann Rz.560 und Fn.106 m.w.N.

III) Gefahren bei Konsortialverträgen:

Wie eingangs bereits festgestellt wurde, werden Konsortial- oder Poolverträge als Gesellschaften des bürgerlichen Rechts qualifiziert¹⁾.

Ihre Besonderheit besteht darin, daß in einer vor der Gesellschafterversammlung stattfindenden Zusammenkunft geklärt wird, wie das gemeinschaftliche Votum aussehen soll. Häufig wird dann eine eigene Konsortialleitung gebildet, die jeweils eine bestimmte Stimmabgabe vorschreibt. Nicht selten nehmen die Konsorten gar nicht an der Gesellschafterversammlung teil, sondern bevollmächtigen die Konsortialleitung oder einen Vertreter mit der Ausübung ihres Stimmrechts²⁾.

Gerade bei Konsortialverträgen mit einer eigenen Organisationsform wird deutlich, daß eine Abweichung vom gesetzlichen Typus der Kapitalgesellschaft die Folge ist³⁾: Es besteht nur noch nach außen eine Kapitalgesellschaft, während im Innenverhältnis unter den Gesellschaftern eine Personalgesellschaft "mit eigener Rechtspersönlichkeit" vorliegt⁴⁾.

1) vgl. oben S.18 und Palandt-Thomas § 705, Anm.9 bb

2) Lübbert S.82 und oben S.6

3) vgl. oben S.15

4) Lübbert S.83; ders. spricht auf S.81 von einem "Fassadentyp" der Kapitalgesellschaft.

Befindet sich nun der Sitz des Konsortiums auf dem Gebiet einer anderen Rechtsordnung und verfügen die Konsorten über die Mehrheit der Gesellschaftsanteile¹⁾, so lebt die Gesellschaft trotz weiterer Abhaltung der Gesellschafterversammlungen am Sitz der Gesellschaft faktisch nach dem für das Konsortium maßgebenden Recht. Am Sitz des Konsortiums entscheidet sich bereits, welchen Inhalt die Gesellschafterbeschlüsse haben werden. Vergegenwärtigt man sich noch, daß die Gesellschafter auf Grund ihrer umfassenden Zuständigkeit²⁾ im wesentlichen die Geschicke der Gesellschaft bestimmen und ihre Beschlüsse für die Geschäftsleitung verbindlich sind, so wird deutlich, daß sich im Innenverhältnis das Statut der Gesellschaft verändert hat.

Nach deutschem Recht ist es sogar möglich, Gesellschafterversammlungen im Ausland abzuhalten³⁾. Ebenso gibt es in Frankreich keine Bestimmungen, welche die Abhaltung von Gesellschafterversammlungen außer-

1) Es kann sogar eine Minderheit genügen, wenn die übrigen Gesellschaftsanteile auf viele Personen verstreut sind.

2) vgl. § 119 AktG 1965

3) Grasmann Rz.251, Fn.234 mit weiteren Nachweisen; Blumenwitz in: DNZ 1968, 720, Fn.23

halb des Geltungsbereichs des Gesellschaftsstatus verbieten¹⁾. Auch in den Vereinigten Staaten von Amerika gewinnt die Auffassung an Boden, daß bei Schweigen des Gesellschaftsstatuts Mitgliederversammlungen in anderen Staaten abgehalten werden können²⁾. Daraus folgt, daß die Gesellschafter ihre Versammlung am Sitz des Konsortiums abhalten können.

Für die Aufrechterhaltung der Parteiautonomie bei Konsortialverträgen läßt sich rein formal anführen, daß sie als Gesellschaften des bürgerlichen Rechts den Schuldverträgen zugeordnet werden, für welche internationalprivatrechtlich eben die Freiheit der Rechtswahl gilt.

Normalerweise bestehen zwischen BGB-Gesellschaftern vor Vertragsschluß keine rechtlich relevanten Beziehungen, so daß es nicht zu einer Aufspaltung in zwei Statuten kommen kann. Demzufolge lassen sich hier auch keine Bedenken vorbringen, die Rechtsordnung anzuwenden, die die Parteien gewählt haben bzw. wo der gemeinsame Gesellschaftszweck verfolgt

1) Demogue, Sirey 1908.2.178; Urteil des Pariser Appellationsgerichts vom 19.3.1965, Rev.crit.d.i.p. 56 (1967), 94 = Clunet 93 (1966), 125/26.

2) American Law Institute, Restatement, Conflict.Tent. Draft 7 § 163 Comment a S.51; Foley, 42 HarvLRev 523/24 Fn.23, 25 (1928/29).

wird¹⁾.

Anders ist es bei Konsortialverträgen. Hier stehen die Parteien bereits vor Abschluß des BGB-Gesellschaftsvertrages als Mitglieder einer Kapitalgesellschaft in Beziehung zueinander. Dieser Umstand muß auch bei einer kollisionsrechtlichen Betrachtung berücksichtigt werden, denn nur die für die Gesellschaft maßgebende Rechtsordnung kann eine Antwort darauf geben, ob sich die Mitglieder ihrer Gesellschaften untereinander zu einer neuen, anderem Recht unterliegenden "Gesellschaft" zusammenschließen dürfen²⁾.

Noch ein anderes Argument spricht für die Anknüpfung an das Gesellschaftsstatut: Haben die Konsorten nicht ausdrücklich eine bestimmte Rechtsordnung gewählt, so könnte man entsprechend der Schwerpunktlehre an den Sitz der Konsortialleitung anknüpfen. Ist nun aber eine solche Konsortialleitung nicht vorhanden und bieten sich auch sonst keine Merkmale an, die auf die Wahl einer bestimmten Rechtsordnung schließen lassen, tauchen dieselben Probleme auf, die bereits vorher behandelt wurden³⁾. Hier drängt es sich dann geradezu auf, an das Statut der Gesellschaft anzuknüpfen⁴⁾.

1) Auf den Streit, ob für BGB-Gesellschaften die Schuld- oder gesellschaftsrechtlichen Verweisungsregeln gelten, soll hier nicht eingegangen werden- vgl. dazu Grasmann Rz.1954 ff.

2) Lübbert S.473

3) vgl.oben S.81 ff

4) so auch ausdrücklich Lübbert S.473

IV) Willensbildung sonst außerhalb des Gesellschaftsstatuts

Als juristische Person kann die Kapitalgesellschaft selbst keinen natürlichen Willen haben. Der Wille der Gesellschaft setzt sich vielmehr durch die natürlichen Einzelwillen der Gesellschafter zusammen, die in der Stimmabgabe in der Hauptversammlung ihren Ausdruck finden. Die dort gefaßten Beschlüsse haben den Zweck, durch einen Akt kollektiver Willensbildung¹⁾ den Gesamtwillen der Gesellschaft festzustellen.

Daß die Gesellschafterbeschlüsse den eigentlichen Willen der Gesellschaft wiedergeben, läßt sich auch mit einem Hinweis auf § 119 des deutschen AktG 1965 belegen: Danach beschließt die Hauptversammlung auf Grund ihrer umfassenden Zuständigkeit über die wesentlichen Fragen der Gesellschaft. Zwar gilt heute nicht mehr der Grundsatz, daß der Hauptversammlung alle Aufgaben übertragen werden können, die nicht ausschließlich einem anderen Organ obliegen²⁾, aber trotzdem ist die Hauptversammlung immer noch das Willensorgan der Gesellschaft und

1) Winnefeld, Stimmrecht, Stimmabgabe und Beschluß, ihre Rechtsnatur und Behandlung, in: DB 1972, S.1053.

2) Würdinger S.138

ihre Beschlüsse sind sowohl für den Vorstand wie für den Aufsichtsrat verbindlich.

Der Grundsatz, daß die Entscheidungen der Gesellschafterversammlung den Willen der Gesellschaft darstellen, beherrscht auch die kapitalgesellschaftlichen Regeln der anderen Rechtsordnungen¹⁾. Daraus erklärt sich die ablehnende Haltung einiger Staaten gegenüber Stimmrechtsabreden: Man will verhindern, daß die Gesellschafter sich schon vor der Abstimmung verbinden und die Willensbildung einem nicht der Gesellschaft verantwortlichen Gremium überlassen²⁾.

Die Gesellschafterversammlung werde ihrer vom Gesetz gewollten Funktion als oberstes Gesellschaftsorgan durch Stimmrechtsabreden beraubt, da sich die Willensbildung außerhalb dieses Organs vollziehe und die zahlreichen Bestimmungen über Information, Einberufung, Tagesordnung und Anfechtung außer Kraft gesetzt würden³⁾.

Sicherlich lag den Gesellschaftsrechten ursprünglich der Gedanke zugrunde, daß sich die Gesellschaft

1) vgl. etwa für das französische Recht Vigreux S.169

2) Trib.com.de la Seine, 9.Dezember 1920, Journ.soc. 1924, 516 ff., 524 mit Anmerkung Cordonnier; ebenso Trib.com.de la Seine, 8.März 1928, Journ.soc. 1928, S.674, wo sich das Postulat findet: "liberté et personnalité du vote".

3) Schmidt Dominique, S.108 f., Nr.149

ter erst in der Hauptversammlung ihre Meinung bilden sollten. Dieses Prinzip hat sich aber schon bald als wirklichkeitsfremd erwiesen, da die einzelnen Gesellschafter wegen der immer komplizierter werdenden wirtschaftlichen Vorgänge oft gar nicht in der Lage sind, die von dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegten Fragen richtig zu beurteilen¹⁾.

Man könnte nun annehmen, daß diese mangelnde Befähigung einzelner Gesellschafter eine der Ursachen für den Abschluß von Stimmrechtsbindungsverträgen ist. Wie aber ein Blick auf die Arten der Abreden zeigt, sind sich die Vertragspartner in der Regel der wirtschaftlichen Bedeutung ihres Zusammenschlusses bewußt. Es bedarf also nicht erst eines Vertrages, um ihnen die notwendigen Kenntnisse für die Abstimmung in der Gesellschafterversammlung zu vermitteln²⁾.

Eine Stimmbindung hat vielmehr zum Ziele, unterschiedliche Meinungen und Interessen von Gesellschaftern zu koordinieren und zu einer einheitlichen Abstimmung zusammenzufassen. Durch die vertraglich abgesicherte einheitliche Willensbildung wird sichergestellt, daß Gesellschafterbeschlüsse nicht von

1) Im übrigen ist zweifelhaft, ob eine "spontane" Stimmabgabe zu besseren Ergebnissen führt.

2) a.A. Spitzer S.26

zufälligen Mehrheiten abhängig sind¹⁾. Das bedeutet, daß der in dem eigentlichen Gesellschafterversammlungsbeschluß zum Ausdruck kommende Wille bereits vorher im Wege gegenseitigen Nachgebens gebildet wurde. Stimmrechtsbindungen stellen also mit anderen Worten eine Regelung über die Willensbildung der jeweils betroffenen Gesellschaft dar²⁾.

Für das Kollisionsrecht stellt sich nun die Frage, ob die Regeln über die Willensbildung einer vom Gesellschaftsstatut unterschiedlichen Rechtsordnung zugeordnet werden können. Die Antwort darauf hängt entscheidend davon ab, welchen Stellenwert man dem Prozeß der Willensbildung und Willensfreiheit im System des materiellen Gesellschaftsrechts beimißt.

Das deutsche Aktienrecht enthält in § 136 Abs.3 AktG 1965 das Verbot, daß sich Gesellschafter verpflichten, "nach Weisung der Gesellschaft, des Vorstands oder des Aufsichtsrats der Gesellschaft oder nach Weisung eines abhängigen Unternehmens das Stimmrecht auszuüben". Neben der Aufrechterhaltung des Strukturprinzips der gegenseitigen Kontrolle der einzelnen Gesellschaftsorgane ist

1) Janberg-Jacobs, RWP-Blattei, Aktiengesetz II B 2, S.15

2) Vischer, Bemerkungen, S.59

der Sinn des § 136 Abs.3 darin zu sehen, daß die Verwaltung keinen Einfluß auf die Willensbildung zwischen den Gesellschaftern haben soll¹⁾. Der Gesellschafter soll in der Ausübung seines Stimmrechts frei sein und sich autonom eine Meinung über die anstehenden Beschlüsse bilden können. Nach § 117 Abs.7 Nr.1 AktG 1965 ist es ihm sogar unbenommen, mit seiner Stimmabgabe gesellschaftsfremde Interessen zu verfolgen, es sei denn, der Gesellschaft wird dadurch ein Schaden zugefügt²⁾. Das deutsche Aktienrecht begnügt sich also nicht damit, nur die tatsächliche Stimmabgabe zu regeln, sondern es schützt auch die Vorstufe dazu, nämlich die Willensbildung. Insofern ist es auch nicht verfehlt, den Prozeß der Willensbildung dem Kernbereich der Gesellschaftsorganisation zuzuweisen³⁾.

Im Rahmen des Kollisionsrechts kann diese Entscheidung des Gesetzes nicht ohne Einfluß sein. Es ist deshalb anerkannt, daß Fragen der innergesellschaftlichen Organisation dem Gesellschaftsstatut unterliegen⁴⁾.

1) Bäumbach-Hueck, Anm.2 F zu § 102; Janberg-Schlaus in: Die AG 1967, 33 ff

2) § 243 Abs.2 AktG 1965

3) so auch Koppensteiner S.152

4) Fikentscher in: MDR 1957, S.73; Niederer in: Beiträge zum Haager Internationalprivatrecht, S.107 ff, S.128; Rabel II S.75 ff.; Soergel-Kegel Anm.19 ff zu Art.10 EGBGB

Versteht man die Stimmrechtsverträge als Abreden über die Willensbildung in der Gesellschaft und unterstellt man die Willensbildung der innergesellschaftlichen Organisation, so ist es folgerichtig, die Stimmrechtsverträge dem Wirkungskreis des Gesellschaftsstatuts zu unterwerfen¹⁾. Koppensteiner stellt zu Recht fest, daß eine Umgehung des § 136 Abs.3 AktG durch Wahl einer anderen Rechtsordnung nicht durch "überwiegende kollisionsrechtliche Gründe für die Maßgeblichkeit des Parteiwillens" zu begründen ist.

V) Umgehung von Publizitätsvorschriften?

Im Zusammenhang mit der Kodifizierung des Rechts der "verbundenen Unternehmen" im AktG 1965 ist die Frage aufgetaucht, ob die neuen Publizitätsvorschriften auch für Stimmrechtsbindungsverträge Gültigkeit haben²⁾. In Betracht kommen die Bestimmungen von § 20 Abs.1 und Abs.4 AktG, wonach ein Unternehmen Mitteilung erstatten muß, wenn ihm über 25 % bzw. 50 % der Aktien einer Gesellschaft gehören;nach

1) so ausdrücklich Vischer, Bemerkungen S.59 und Koppensteiner S.152.

2) Janberg-Schlaus, in: Die AG 1967, S.37; Lübbert S.199; Kropff, in: BB 1965, 1281 ff, 1284

§ 20 Abs.6 ist diese Mitteilung unverzüglich in den Gesellschaftsblättern bekanntzumachen.

Internationalprivatrechtlich gewinnt diese Frage dann an Bedeutung, wenn man die Stimmrechtsbindungsverträge den Publizitätsvorschriften unterwirft. Bei Aufrechterhaltung der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie würde nämlich die Gefahr bestehen, daß die Parteien sich ihrer Mitteilungspflichten dadurch entziehen können, daß sie den Vertrag einem fremden Recht unterstellen. Es wäre dann vom Standpunkt des deutschen Aktienrechts dringend geboten, die Stimmrechtsbindungen dem Gesellschaftsstatut zuzuordnen, um der Mitteilungspflicht überhaupt einen Sinn zu geben.

Die Antwort auf die Frage der Anwendbarkeit von § 20 Abs.1 und 4 AktG auf Stimmrechtsbindungen hängt davon ab, wie man den Begriff des "Unternehmens" versteht. Während sich in der Literatur die funktionale und die institutionale Unternehmenstheorie gegenüberstehen¹⁾, hat der Gesetzgeber "angesichts der

1) Eine Gegenüberstellung der beiden Meinungen findet sich bei Bolsenkötter, in: Betrieb 1967, 1098 ff; Janberg-Schlaus, in: Die AG 1967, S.37; Wilhelmi, Die AG 1965, 247; Gessler in: BB 1965, 677

großen praktischen Schwierigkeiten"¹⁾ den Unternehmensbegriff nicht näher umschrieben.

Die funktionale Unternehmenstheorie geht bei ihrer Definition des Unternehmens vom Zweck der Publizitätsvorschriften aus, den sie vor allem im Schutz der außenstehenden Aktionäre und Gläubiger sieht²⁾. Ein solches Schutzbedürfnis wird dann bejaht, wenn den Mehrheitsaktionär unternehmerische Interessen leiten, "indem er selbst marktstrategisch plant und denkt"³⁾. Nach dieser Auffassung ist es folgerichtig, Stimmrechtsabsprachen als Unternehmen im Sinne von § 20 AktG zu verstehen, da sie darauf abzielen, den Einfluß in der Gesellschaft zu verstärken und sie als Instrument eines eigenen unternehmerischen Willens zu benutzen⁴⁾.

Nach der institutionalen Unternehmenstheorie wird für die Unternehmenseigenschaft eine "selbständige Teilnahme am Wirtschaftsverkehr" gefordert⁵⁾. Danach bilden Stimmrechtsbindungen noch kein Unter-

1) so amtliche Begründung zu § 15 des Regierungsentwurfes zum AktG 1965.

2) Kropff, BB 1965, 1285; Brauksiepe, BB 1966, 870

3) so Kropff aaO

4) Philipp Möhring, in: NJW 1967, 1 ff.

5) Schäfer, in: BB 1966, S.229 ff, 231; von Godin-Wilhelmi, Anm.2 zu § 15 AktG; Leo, in: Die AG 1965, 353; Janberg-Schlaus, in: Die AG 1967, S.33 ff, 37.

nehmen, da sie keine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit entfalten¹⁾ und nicht selbst im Wirtschaftsverkehr als unmittelbarer Konkurrent der Gesellschaft auftreten²⁾.

Im Rahmen der vorliegenden Arbeit ist es nicht möglich, zu dem dargelegten Meinungsstreit abschließend Stellung zu nehmen. Es kann auch nicht gesagt werden, daß die eine oder andere Ansicht als die herrschende anzusehen ist. Letzten Endes läuft die Kontroverse auf das Problem hinaus, ob die Aufklärung der außenstehenden Gesellschafter und Gläubiger höher zu bewerten ist als das Interesse der gebundenen Gesellschafter an Geheimhaltung. Eine juristische befriedigende Antwort läßt sich wohl kaum finden, da es sich im Grunde um eine politische Frage handelt, die nur vom Gesetzgeber gelöst werden kann. Entscheidet man sich für eine vollständige Offenlegungspflicht aller innergesellschaftlich relevanten Vorgänge, so dürften keine Zweifel bestehen, daß Stimmrechtsbindungsverträge der Gesellschaft mitzuteilen sind.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, einen kurzen Blick auf die englische Rechtsentwicklung zu

1) Würdinger S.263

2) Lübbert S.200

werfen. Nach der vom Jenkins-Committee im Jahre 1962 vorgeschlagenen Lösung sollen auch solche Rechtsverhältnisse der aktienrechtlichen Publizitätspflicht unterworfen werden, die keine Unternehmen im institutionalen Sinne darstellen, sondern nur eine Berechtigung zur Stimmrechtskontrolle einräumen¹⁾. Das englische Parlament hat diesen Vorschlag aufgegriffen und im Companies Act von 1967²⁾ bestimmt, daß Zusammenfassungen von 10 % oder mehr der Stimmrechte der Gesellschaft mitzuteilen sind³⁾.

Sollte das englische Beispiel Eingang in das deutsche Recht finden, so wäre der institutionalen Lehre die Grundlage entzogen. Kollisionsrechtlich hätte dies - wie oben schon angedeutet⁴⁾ - zur Folge, daß sich wegen der Gefahr der Umgehung der Publizitätsvorschriften Stimmrechtsbindungen vom Gesellschaftsstatut nicht abspalten lassen.

1) Report of the Company Law Committee (auch Jenkins-Report genannt), 1962, Abschnitte 141 ff, 145 d, S.52

2) Section 33 Abs.4 in Verbindung mit Section 28 Abs.4 c; abgedruckt bei Magnus-Estrin, S.256 ff

3) vgl. auch Pennington, S.296, der es als selbstverständlich ansieht, daß "voting agreements" unter Section 33/28 zu subsumieren sind.

4) vgl. S.100

VI) Vergleich zur internationalprivatrechtlichen
Beurteilung der Vollmacht

Nach der herrschenden Meinung im deutschen internationalen Privatrecht beurteilt sich die Erteilung, der Umfang und die Wirkung einer Vollmacht nach ein und derselben Rechtsordnung¹⁾. Dabei wird nicht auf das Recht, dem das Grundverhältnis zwischen Vollmachtgeber und Bevollmächtigtem untersteht, abgestellt, sondern auf das Recht, in dem von der Vollmacht auch tatsächlich Gebrauch gemacht wird, d.h. wo sich die Vollmacht auswirkt²⁾. Begründet wird diese Ansicht vor allem mit den Interessen des Verkehrs, denen ein Vorrang gegenüber den Belangen des Vollmachtgebers zukomme³⁾. Das "Vollmachtsstatut" ist demnach der Rechtswahl der Parteien entzogen⁴⁾, es wird allein nach objektiven Gesichtspunkten ermittelt⁵⁾.

-
- 1) von Caemmerer in: RabelsZ 24 (1959) S.211; Gamillscheg, Anm. zu BGH vom 30.7.1954 in: JZ 1954, 705.
- 2) von Caemmerer S.211; Kegel S.217; Makarov S.330; BGH vom 9.12.1964 in NJW 1965, 488, 489; vgl. für das Schweizerische Recht ebenso: Vischer S.230; Schönberger S.148 ff; BGE 49 II, 73; 46 II 494; für die USA: American Law Institute, Restatement Sec. Conflict of Laws, Tent.Draft Nr.7 § 151 b Comm. b S.10.
- 3) Vischer, S.233; Grasmann Rz.26, 48.
- 4) Patry, Représentation, S.381; Neuhaus, S.173: "Unbrauchbar ist die Parteiautonomie für Rechtsverhältnisse, an denen auch andere Personen interessiert sind (z.B. für die Erteilung einer Vollmacht)"
- 5) Vischer S.233

Es stellt sich nun die Frage, ob diese Gedanken auf Stimmrechtsbindungen entsprechend anwendbar sind. Voraussetzung dafür ist, daß zwischen Vollmacht und Stimmrechtsbindungsvertrag eine "Rechtsähnlichkeit" besteht¹⁾.

Glattfelder²⁾ lehnt eine Beziehung zwischen Vollmacht und Stimmbindung deshalb ab, weil der Vollmachtgeber im Gegensatz zu dem gebundenen Gesellschafter in seinen Weisungen frei sei und seine Meinung jederzeit ändern könne. Diese Argumentation überzeugt aber nicht: Auch der Gesellschafter, der sich zu einer Bindung seines Stimmrechts entschließt, begibt sich nicht für alle Zeiten der Möglichkeit, seine Stimme nach seiner eigenen Vorstellung abzugeben. Ein Unterschied zur Vollmacht besteht nur insofern, als er bei Meinungsänderung unter Umständen eine Vertragsstrafe zu bezahlen hat.

Im Falle einer als Konsortium ausgestalteten Stimmrechtsbindung, in der die Konsortialleitung zur Vertretung der Gesellschafter bevollmächtigt und mit der Stimmabgabe beauftragt wird, zeigt sich sogar ganz deutlich, daß zwischen beiden Instituten

1) Palandt-Danckelmann Vorbem.V 3 a) vor § 1 BGB

2) S.260a

eine Beziehung besteht. Die Bevollmächtigung hat hier nur den Sinn, es den Gesellschaftern zu ersparen, auch tatsächlich in der Gesellschafterversammlung zu erscheinen, um entsprechend der Konsortialbeschlüsse abzustimmen. Wie bei der Vollmacht legt sich der Konsorte schon vor der Abstimmung fest und erteilt einem Dritten, nämlich dem Repräsentanten der Konsortialleitung, die verbindliche Weisung, das Stimmrecht in seinem Sinne auszuüben¹⁾.

Zu erwähnen ist noch, daß bei Stimmrechtsbindungen auch der Gesichtspunkt des Verkehrsschutzes beachtlich ist²⁾. Zwischen Vollmacht und Stimmrechtsbindung bestehen also nicht nur in den Tatbestandsvoraussetzungen, sondern auch in der Begründung Übereinstimmungen, so daß einer kollisionsrechtlichen Analogie nichts im Wege steht. Der Abschluß eines Stimmrechtsbindungsvertrages beurteilt sich also nach der Rechtsordnung, innerhalb derer sich die Stimmbindung "auswirkt", d.h. nach dem für die Gesellschaft maßgebenden Recht.

1) Die Tatsache, daß die Konsortialleitung nicht nur einen, sondern mehrere Gesellschafter vertritt, kann unberücksichtigt bleiben.

2) vgl. oben S.85 ff

Schlußbemerkung

Die vorliegende Arbeit hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

Grundsätzlich sind Stimmrechtsverträge mit Ausnahme von Frankreich und Belgien in allen Rechtsordnungen zulässig. Bedenken bestehen lediglich, soweit an den Abreden Vorstandsmitglieder beteiligt sind. In der Bundesrepublik Deutschland sind solche Verträge seit Inkrafttreten des neuen Aktiengesetzes vom Jahre 1965 durch § 136 Abs. 3 ausdrücklich verboten.

Trotz der unterschiedlichen Gestaltung handelt es sich bei Stimmrechtsabreden um schuldrechtliche Verträge, wobei die Konsortialverträge als Gesellschaften des bürgerlichen Rechts zu qualifizieren sind.

Die Charakterisierung als Schuldvertrag rechtfertigt im Gegensatz zu der vom Reichsgericht vertretenen Auffassung nicht die Anwendbarkeit der allgemein für Verträge geltenden Regeln der kollisionsrechtlichen Parteiautonomie. An Hand einzelner Argumente konnte vielmehr aufgezeigt werden, daß der im internationalen Privatrecht anzustrebende Entscheidungseinklang nur dann verwirklicht werden kann, wenn man die Stimmrechtsabreden generell dem Recht zuordnet, das auch für die Gesellschaft maßgebend ist.

Literaturverzeichnis

- | | |
|----------------------------|--|
| Albrecht-Schulze/Brachmann | Die nationale und internationale Unternehmenskonzentration in: AWD 1968, 81 ff. |
| Baaden, Hans | Stimmrechtsbindungsverträge und Stimmenkauf Diss.Köln 1935 |
| Bache, Wolfgang | Der internationale Unternehmensvertrag nach deutschem Kollisionsrecht, Bad Homburg v.d.H., 1969 |
| Bär, Rolf | Kartellrecht und internationales Privatrecht, Bern, 1965 |
| Bärmann, Johannes | Europäische Integration im Gesellschaftsrecht, in: FIW-Schriftenreihe, Köln 1970 |
| Ballantine, Henry Wintrop | On Corporations, Revised Edition, Chicago 1946 |
| von Bar, Ludwig | Theorie und Praxis des internationalen Privatrechts, 2.Band, 2.Auflage, Hannover 1889 |
| Batiffol, Henri | Artikel "Contrats et conventions" in: Répertoire de droit international, tome premier, Paris, 1968 |
| Barz, Carl Hans | Anmerkung zu BGH vom 29.Mai 1967, in: GmbH-Rdsch. 1968, 100-101 |
| Baumbach-Hueck | Kurzkommentar zum Aktiengesetz, 13.Auflage München und Berlin 1970 |

- Baumbach-Hueck GmbH-Gesetz, Kurzkommentar, 13.Auflage
München und Berlin 1970
- Beitzke, Günther Juristische Personen im International-
privatrecht und Fremdenrecht, München
und Berlin, 1938 (zitiert: Juristische
Personen)
-
- Vorschläge zur Reform des Kollisions-
rechts von Gesellschaften und juri-
stischen Personen, Diskussionsgrund-
lage für die Sitzung der 2.Kommission
des Deutschen Rates für Internationa-
les Privatrecht am 4. und 5.April 1968
in Baden-Baden (zitiert: Diskussions-
grundlage)
- Bertram, Helene Gesetzesumgehung im Internationalen
Privatrecht, Bonn, 1928
- Blumenwitz Zum Kollisionsrecht der notariellen
Urkunde in: DNZ 1968, 712 ff.
- Boesebeck, Ernst Abstimmungsvereinbarungen mit Aktionä-
ren unter besonderer Berücksichtigung
des Referentenentwurfs eines Aktien-
gesetzes in: NJW 1960, 7-10
- Bolsenkötter, Heinz Zum aktienrechtlichen Begriff des
Unternehmens, in: Der Betrieb 1967,
1098-1101.
- Brand, Helmut Der Stimmrechtsbindungsvertrag im
deutschen und amerikanischen Recht,
Diss.Köln 1963
- Brauer, Joachim Kollisionsrechtliche Probleme der
Konzerne und Unternehmensverträge,
Diss. Göttingen, 1969.

- | | |
|-------------------------|--|
| Brauksiepe, Jochen | Zum Unternehmensbegriff des neuen Aktienrechts, in: Betriebs-Berater 1966, 869-872. |
| Busse, Andreas | Zur Problematik von Stimmbindungsverträgen bei Personenhandelsgesellschaften in: BB 1961, 261-264 |
| von Caemmerer, E. | Die Vollmacht für schuldrechtliche Geschäfte im deutschen internationalen Privatrecht in: RabelsZ 24 (1959), 201 ff. |
| Cottino, Gastone | Le convenzioni di voto nelle società Commerciali, Mailand, 1958 |
| Currie, Brainerd | Selected Essays on the Conflict of Laws, Durham, 1963 |
| Demeur, Paul | La délégation du droit de vote aux assemblées générales de société anonyme in: Rec.prat.soc. 1938, no.3701, S.83-90 |
| Demogue | Anmerkung zum Urteil Trib.Lille vom 21.5.1908 in: Sir. 1908. 2. 177 ff |
| Dodd, Merrick and Baker | Cases and Materials on Corporations, second edition Brooklyn 1951 |
| Dölle, Hans | Die 7. Haager Konferenz, in: RabelsZ 17 (1952), 161 ff |
| Ehrenzweig, Albert | A Treatise on the Conflict of Laws, St.Paul, Minn.1962 |

- Ferid, Murad Zur Behandlung von Anteilen an Personengesellschaften beim zwischenstaatlichen Erbgang, in: Festschrift für Hueck, München und Berlin, 1959, S. 343 ff.
- Fikentscher, Wolfgang Probleme des internationalen Gesellschaftsrechts, in: MDR 1957, 71 ff.
- Fischer, Curt Eduard Rechtsschein und Wirklichkeit im Aktienrecht. Rechtspolitische Betrachtungen zu einer Reform des Aktienrechts, in: AcP 155 (1955), S.85 ff.
- Fischer, Robert Zulässigkeit und Wirkung von Abstimmungsvereinbarungen, in: GmbH-Rdsch. 1953, 65-70
- Fletcher, William M. Cyclopedia of the Law of private Corporations, Band 5, 1952, Stand 1957.
- Foley Incorporation, multiple incorporation and the conflict of laws, in: 42 Harv. L.Rev. 516 ff (1928/29).
- Frantz, Walter Bindung des Stimmrechts durch Vereinbarung, Diss. Halle-Wittenberg, 1932
- Friedländer, Heinrich Aktienpoolverträge, in: Zeitschrift für das gesamte Aktienrecht, 31.Jahrgang (1921), S.228-230
- _____ Aktienrecht, Stuttgart, 1932

- Gamillscheg, Franz Rechtswahl, Schwerpunkt und mutmaßlicher Parteiwille im internationalen Vertragsrecht, in: AcP 157 (1959), 303 ff.
- _____ Anmerkung zu BGH vom 30.7.1954 in: JZ 1954, 705
- _____ Buchbesprechung in: RabelsZ 28 (1964), 361
- Geiler, Karl Gesellschaftliche Organisationsformen des neueren Wirtschaftsrechts, 2.erw. Auflage, Mannheim, Berlin, Leipzig 1922
- Gessler, Ernst Das neue Aktienrecht, in: Betriebsberater 1965, 677 ff.
- _____ in: Bochumer Beiträge zur Unternehmensführung und Unternehmensforschung, Band 11, Düsseldorf 1972
- von Gierke, Julius Handels- und Schifffahrtsrecht, 8.Aufl. Berlin, 1958
- Gieseke, Paul Vorzugsaktien mit mehrfachem Stimmrecht, in: Gruchot Band 66 (1932), 1-23
- Glattfelder, Hans Die Aktionärsbindungsverträge, in: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Neue Folge, Band 78, Heft 3, Band 100 der gesamten Folge, Basel 1959, S.141a - 355 a und Diskussionsbeiträge S.699 a - 708 a und 736 a - 740 a.

- | | |
|-------------------------------------|--|
| von Godin-Wilhelmi | Aktiengesetz vom 6.9.1965, Kommentar, Band I (§§ 1 - 178), Band II (§§ 179 - 410), 3.Aufl. Berlin, 1967 |
| Görtz, Hermann | Der Parteiwille im internationalen Obligationenrecht, in: ZIR 41 (1929) 1 ff. |
| Goldschmidt, Robert | Grundfragen des neuen schweizerischer Aktienrechts, in: Heft 12 der Reihe A der Veröffentlichungen der Handelshochschule St.Gallen, 1937 |
| Grasmann, Günther | System des internationalen Gesellschaftsrechts, Herne/Berlin 1970 |
| Großkommentar zum Aktien-
gesetz | verschiedene Bearbeiter, u.a. Gadow-Heinichen, Meyer-Landrut, Barz, Würdinger, 1.Aufl. 1939, 2.Aufl.Bd.I, 1961, Bd.II, 1965, 3.Aufl. Berlin, 1973 |
| Großfeld, Bernhard | Die Anerkennung der Rechtsfähigkeit juristischer Personen, in: RabelsZ 31 (1967), 1 ff. |
| Gutzwiller, Max | Deutsches Internationalprivatrecht: Zum Erscheinen der Lewald'schen Darstellung auf Grund der Rechtsprechung, in: RabelsZ 6 (1932), 74 ff. |
| Hachenburg, Max | in: Staub-Hachenburg, Kommentar zum Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, 6.Aufl., bearbeitet von W.Schmidt, Schilling, Goerdeler, Berlin 1956/1959 |

Aus dem R_ocht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in: Leipziger Zeitschrift, Band 2, 1908, Sp.640-651

- Hamburger Aktiengesellschaft, in: Rvgl.Handwörterbuch II 1929, 59 ff, 134 ff.
- Haudek, Wilhelm Die Bedeutung des Parteiwillens im internationalen Privatrecht, Berlin 1931
- von Hippel, Eike Zur Problematik des Aktionärstimmrechts, in: Festschrift für Max Rheinstein zum 70. Geburtstag, 1969, Band 2, S.1081 ff.
- Horrwitz, Hugo Das Recht der Generalversammlung der Aktiengesellschaften, Berlin 1913
-
- Schutz- und Vorratsaktien, in: Heft I der "gesellschaftsrechtlichen Abhandlungen", hrsg. von A. Nussbaum, Berlin 1926
- Hueck, Alfred Stimmbindungsverträge bei Personenhandelsgesellschaften, in: Festschrift für H.C. Nipperdey zum 70. Geburtstag, Band I, München und Berlin, 1965, S.401-426
- Janberg, Hans/Schlaus, Abstimmungsverträge nach neuem Aktienrecht unter Berücksichtigung des Rechts der verbundenen Unternehmen, Wilhelm in: Die AG 1967, 33-39 mit Nachtrag in: Die AG 1968, 35-36
- Janberg, Hans/Jacobs Zulässigkeit und Rechtswirkungen von Abstimmungsverträgen, in: RWP, Abt.4/D, Aktiengesetz, II B 2
- Joerges, Christian Zum Funktionswandel des Kollisionsrechts Berlin und Tübingen 1971
- Jürgensen, Hans Stimmbindungsverträge, Diss.Göttingen 1931
- Kamphuisen, P.W. Overeenkomsten betreffende het stemrecht in een naamloose vennootschap, in: De NV 1941 (XIX), 349 ff.

- Kegel, Gerhard Internationales Privatrecht, 2.Aufl.,
München und Berlin 1964
- Kirchner Auslegung eines vertraglichen Wettbe-
werbsverbots bei einer GmbH, in: GmbH-
Rdsch. 1962, 26
- Kötz, Hein Einführung in die Rechtsvergleichung
auf dem Gebiete des Privatrechts,
2 Bände, Tübingen 1969
- Konventionsentwurf der ILA, Report of the Conferences, hier
International Law Association 49. Konferenz in Hamburg, 1960, zit.:
IL A 60, X.
- Koppensteiner, Hans-Georg Internationale Unternehmen im deut-
schen Gesellschaftsrecht, Frankfurt a.M.
1971
- Kronstein, Heinrich Das Recht der internationalen Kartelle,
Berlin 1967
- Kropff, Bruno Das Konzernrecht des Aktiengesetzes
1965, in: Betriebsberater 1965, 1281-
1289.
- Leo, Hans-Christoph Die Einmann-AG und das neue Konzern-
recht, in: Die AG 1965, 352-259.
- Lewald, Hans Das deutsche internationale Privat-
recht, erstes Heft, Leipzig 1930,
zweites Heft, Leipzig 1932
- Lübbert, Hartmut Abstimmungsvereinbarungen in den Ak-
tien- und GmbH-Rechten der EWG-Staaten,
der Schweiz und Großbritanniens,
Baden-Baden 1971

- Lutter, Marcus Empfehlen sich für die Zusammenfassung europäischer Unternehmen neben oder statt der europäischen Handelsgesellschaft und der internationalen Fusion weitere Möglichkeiten der Gestaltung auf dem Gebiete des Gesellschaftsrecht? Gutachten H zum 48. Deutschen Juristentag in Mainz 1970, München 1970 (zitiert: Gutachten)
-
- Die Macht des Aktionärs in der Generalversammlung der französischen Aktiengesellschaft, in: Die AG 1966, 324-326.
-
- Recht und Steuer der internationalen Unternehmensverbindungen, in: Bochumer Beiträge zur Unternehmensführung und Unternehmensforschung, Band 11, Düsseldorf 1972 (Lutter Herausgeber)
- Maeyens, Leo/Roose, Syndicats d'actionnaires de société anonyme.
Pierre Restrictions à la cession des actions-Pacte de votation, in: Rev.prat.soc. 1964, no. 5188, S.57-74
- Magnus-Estrin The Companies Act 1967, London 1967
- Makarov , A.N. Berichte über das Statut der Vollmacht (Vorarbeiten des deutschen Rats für IPR) in Zusammenarbeit mit W.Müller-Freienfels, H.G. Ficker, K.Zweigert, G. Petersen, S. Braga, in: RabelsZ 24 (1959), S.326 ff.
- Mann, Frederick Zum Problem der Staatsangehörigkeit der juristischen Person, in: Festschrift für Wolff, Tübingen 1952, S.271 ff.
- Möhring, Philipp Die gesetzliche Regelung der Unternehmensverbindungen im neuen Aktiengesetz, in: NJW 1967, 1-10.

- Möhring, Philipp/Schwarz, G. Die Aktiengesellschaft und ihre Satzungen, 2.Aufl. Berlin und Frankfurt a.M. 1966
- Moser, Rudolf Vertragsabschluß, Vertragsgültigkeit und Parteiwille im internationalen Obligationenrecht, St. Gallen 1948
- Motte in: Revue du Marché Commun 1968, S.392 ff.
- Müller, Robert Konsortialverträge der Aktionäre zur Bildung von Stimmrechts-Konsortien, Diss.Freiburg i.B. 1925
- Nalbach, Egon Die Stimmrechtsbindungsverträge im neuen Aktienrecht unter besonderer Berücksichtigung der Treuepflicht, Diss. Würzburg 1941
- Neuhaus, Paul Heinrich Die Grundbegriffe des internationalen Privatrechts Berlin und München 1962
-
- Die Zukunft des Internationalen Privatrechts, in: AcP 160, (161), S.493 ff, 496
- Neukamp Die Nationalität der juristischen Personen, Verhandlungen der internationalen Vereinigung für vergleichende Rechtswissenschaft, Berlin 1912, S.203 ff.
- Neumayer, Karl Heinz Die Notgesetzgebung des Wirtschaftsrechts im internationalen Privatrecht, in: DGfVöR Bd.2 (1958), S.35 ff.

- Neumayer, Karl Heinz Anmerkung zum Urteil des BGH vom
17.12.1959, in: RabelsZ 25 (1960),
649 ff.
-
- Autonomie de la volonté et dispo-
sitions impératives en droit inter-
national privé des obligations,
in: Revue 47 (1958), 53 ff.
- Niederer, Werner Kollisionsrechtliche Probleme der
juristischen Person, in: Gutzwiller
und Niederer, Beiträge zum Haager
Internationalprivatrecht 1951, Frei-
burg/Schweiz 1951, S.107 ff.
-
- Einführung in die allgemeinen Leh-
ren des internationalen Privat-
rechts, Zürich 1954
- Nussbaum, Arthur Deutsches internationales Privat-
recht, Tübingen 1932
-
- Grundzüge des internationalen Privat-
rechts, München und Berlin 1952
- O'Neal, Hodge Close Corporations, Law and Practice
2 Bände, Chicago 1958
- Palandt, Otto Bürgerliches Gesetzbuch, bearbei-
tet von Danckelmann, Degenhart,
Heinrichs, Keidel, Lauterbach,
Putzo, Thomas, 32.Aufl. München und
Berlin, 1973
- Palmer Company Law, 21.Aufl., bearbeitet
von Schmitthoff und Thompson,
London 1968

- Patry, Robert Les accords sur l'exercice des droits de l'actionnaire, in: Zeitschrift für Schweizerisches Recht, Neue Folge, Band 78, Heft 3, Band 100 der gesamten Folge, Basel 1959
-
- _____ A propos de la représentation en dr. int.pr., in: Semaine Judicaire 1954, S.381
- Pennington, Robert Company Law, 2nd, edition, London, 1967
- Peters, Egbert Die Erzwingbarkeit der vertraglichen Stimmrechtsbindungen, in: AcP 156, (1957) S.311-346.
-
- _____ Anmerkung zu BGH, 29.Mai 1967, in: JZ 1968, 27-28.
- Philonenko, Maximilien Les conventions sur le droit de vote dans les sociétés anonymes, in: Rec. jur.soc. 1932.174-182
- Pickering, Murray A. Shareholder's voting rights and company control, in: L.Q.R. 1965, 248-275
- Planitz, Hans Die Stimmrechtsaktie, Leipzig 1922
- Raape, Leo Internationales Privatrecht, 5.Aufl., Berlin und Frankfurt a.M. 1961
-
- _____ Die Rückverweisung im internationalen Schuldrecht, in: NJW 1959, 1013 ff.
- Rabel, Ernst The Conflict of Laws, Bd.I, 2.Aufl. Ann Arbor 1958, Bd.II, 2.Aufl. Ann Arbor 1960

Rehbinder, Eckard	Extraterritoriale Wirkungen des deutschen Kartellrechts, Baden-Baden 1965
Reithmann, Christoph	Internationales Vertragsrecht, 2.Aufl. Köln 1972
Ripert-Roblot	Traité élémentaire de droit commercial sixième édition, tome premier, Paris 1968
Ritter, Carl	Aktiengesetz, 2.Aufl. Berlin und München 1939
Römer, Gustav	Gesetzgebung im deutschen internationalen Privatrecht, Berlin 1955
Savigny VIII	System des heutigen römischen Rechts, Band 8 Berlin 1849
Schäfer, Dietrich	Aktuelle Probleme des neuen Aktienrechts in: Betriebsberater 1966, 229-233.
Schlegelberger-Quassowski	Aktiengesetz, Kommentar, 3.Aufl., Berlin 1939
Schmey, Fritz Ernst	Voting Trusts, in: Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht, Band 97, 1932, S.249 ff.
Schmidt, Dominique	Les droits des minorités dans la société anonyme (tome 21 de la Bibliothèque de droit commercial, dirigée par R.Houin) Paris 1970
Schmidt in Großkommentar	vgl. bei Großkommentar zum Aktiengesetz, hier: 2.Aufl.

- Schmulewitz, Maximilian Die Verwaltungsaktie- Herrschaftsaktie und Vorratsaktie- ihre rechtlichen und wirtschaftlichen Grundlagen, Berlin 1927
- Schnitzer, Adolf Handbuch des internationalen Privatrechts, Band I 4.Aufl. Basel 1957; Band II, 4.Aufl., Basel 1958
- Schoenberger, W. Kommentar zum schweizerischen Obligationenrecht, 3.Aufl., Zürich 1961
- Scholz, Franz Kommentar zum GmbH-Gesetz, 4.Aufl., Köln 1960 mit Nachtrag 1964 (als 5.Auflage).
- Schwartz, Ivo E. Deutsches internationales Kartellrecht, Köln, Berlin, Bonn, München 1962
- Serick, Rolf Die Sonderanknüpfung von Teilfragen im internationalen Privatrecht, in: RabelsZ 18 (1953) S.632 ff.
- Siehr, K. Der Eigentumsvorbehalt an beweglichen Sachen im internationalen Privatrecht, in: AWD 1971, 10 ff.
- Simitis, Spiros Aufgaben und Grenzen der Parteiautonomie im internationalen Vertragsrecht, in: JuS 1966, 209 ff.
- Soergel-Siebert Bürgerliches Gesetzbuch mit Einführungsgesetz und Nebengesetzen, 9.Aufl Band 5, 1961; 10.Aufl. Band I, 1967, Band 3 1969, Stuttgart
- Sommerfeld, Ernst Verträge über die Ausübung des Stimmrechts von Aktien, Jena 1930

- Sontag, Ernst Einzelfragen aus dem Handelsgesellschaftsrecht - Vertragliche Bindungen zur Stimmabgabe bei Aktiengesellschaften und Wirkung dieser Bindung in: SAG, Band 23 (1950/51), S.59-60
- Spitzer, Robert Stimmbindungsverträge im deutschen und amerikanischen Recht, Diss.Köln 1935
- Staudinger Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch (10. und 11., teilweise 9.Aufl.), verschiedene Bearbeiter; zum EGBGB: Raape, 9.Aufl. Band 6; zu §§ 705 ff BGB: Geiler-Kessler, 11.Aufl.
- von Steiger, Werner Die einfache Gesellschaft im internationalen Privatrecht, in: SchwJfIR 14 (1957) S.17 ff.
- Tiling, Johann Die Macht des Aktionärs in der Generalversammlung der französischen Aktiengesellschaft, Diss.Hamburg 1965
- Tomasi, Albert Das neue französische Aktienrecht, in: AWD 1967, 165 ff.
- Tunc, André Les conventions relatives au droit de vote et l'organisation des sociétés anonymes, in: Rev.gén.dr.com., Paris 1942, 97-149
- Umbricht, Robert Die immanenten Schranken der Rechtswahl im internationalen Schuldvertragsrecht, Diss.Zürich 1963
- Vigreux, Pierre Les droits des actionnaires dans les sociétés anonymes, théorie et réalité, Paris 1953
- Vischer, Frank Kollisionsrechtliche Parteiautonomie und dirigistische Wirtschaftsgesetzgebung, in: Festgabe für Gerwig, Basel 1960, S.167, ff.

- Vischer, Frank Bemerkungen zur Aktiengesellschaft im
Internationalen Privatrecht, in:
SchwJbIntR 17 (1960), S.49 ff.
(zitiert: Bemerkungen)
-
- Internationales Vertragsrecht, Bern 1962
- Völlmar, H.F.A. Stenovereenkomsten (Anmerkung zu HR,
13.November 1959 und 19. Febr. 1960), in:
TVVS 1960, 169-173, 198-201
- Wengler, Wilhelm Die Anknüpfung des zwingenden Schuld-
rechts im internationalen Privatrecht,
in: ZvglRwiss. 54 (1941), S.202 ff.
- Werner Die Vertretung der Publikumsaktionäre in
der Hauptversammlung in Frankreich und
Belgien, Diss. Freiburg i.Br. 1966
- Wiethölter, Rudolf Einseitige Kollisionsnormen als Grundlage
des internationalen Privatrecht, 1956,
Berlin
-
- Interessen und Organisation der Aktienge-
sellschaft im amerikanischen und deutschen
Recht, Karlsruhe 1961
- Wilhelmi, Hans Das neue Aktienrecht, in: Die AG 1965,
247-250
- Winnefeld Stimmrecht, Stimmabgabe und Beschluß,
ihre Rechtsnatur und Behandlung, in: DB
1972, 1053
- Wolff, Martin Das internationale Privatrecht Deutsch-
lands, 3.Aufl., Berlin, Göttingen, Hei-
delberg 1954

- Wormser, Maurice The legality of corporate voting Trusts
and pooling agreements, in: 18 CollR
123
- Würdinger, Hans Aktien- und Konzernrecht, 2.Aufl.,
Karlsruhe 1966
- Zitelmann, Ernst Internationales Privatrecht, erster Band,
Leipzig 1897; zweiter Band 1912
- Zluhan, Walter Abstimmungsvereinbarungen des privaten
Gesellschaftsrechts, in: AcP 128 (1928),
62-87 und 257-308
- Zweigert, Konrad Nichterfüllung auf Grund ausländischer
Leistungsverbote, in: RabelsZ 14 (1942),
283 ff.
-
- Internationales Privatrecht und öffent-
liches Recht, in: Fünfzig Jahre Insti-
tut für Internationales Recht an der
Universität Kiel, Hamburg 1965, S.124 ff.

Abkürzungsverzeichnis

AcP	Archiv für civilistische Praxis
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters
BB	Der Betriebsberater
BdDGfVöR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BG	Bundesgericht, schweizerisches
BGE	Entscheidungen des Schweizerischen Bundes- gerichts, Amtliche Sammlung
CollRev	Columbia Law Review, New York
DB	Der Betrieb
De NV	De Naamloze Vennootschap (Niederlande)
Die AG	Die Aktiengesellschaft
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DNZ	Deutsche Notarzeitung
GmbH-Rdsch.	Rundschau für die GmbH
Gruchots Beitr.	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts, begründet von J.A. Gruchot
Harv.L.Rev.	Harvard Law Review
ILA	International Law Association
JUS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
L.Q.R.	Law Quarterly Review
LZ	Leipziger Zeitschrift für das Deutsche Recht
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MittDGfVöR	Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und Internationales Privatrecht
Rec.jur.soc.	Recueil juridique des sociétés
Revue	Revue critique de droit international privé, Paris

Rev.gén.dr.com.	Revue générale de droit commercial (Frankreich)
Rev.prat.soc.	Revue pratique des sociétés civiles et commerciales (Belgien)
Rvgl.Hdwb.	Rechtsvergleichendes Handwörterbuch
RWP	Rechts- und Wirtschaftspraxis (Loseblatt- Sammlung)
SAG	Die Schweizerische Aktiengesellschaft
SchwJfIR	Schweizerisches Jahrbuch für Internatio- nales Recht
Sem.jud.	La semaine judiciaire (Schweiz)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung
TVVS	Tijdschrift voor Vennootschappen, Ver- enigingen en Stichtingen (Niederlande)
WM	Wertpapier-Mitteilungen
ZIR	Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZvglRwiss.	Zeitschrift für vergleichende Rechts- wissenschaft

LEBENS LAUF

Ich bin am 11. August 1943 als Sohn des Postbeamten Alois Gloning und seiner Ehefrau Agnes, geborene Sekinger, in Stuttgart-Bad Cannstatt geboren. Von 1949 bis 1954 besuchte ich die Volksschule in Oeffingen bei Stuttgart. Anschließend habe ich bis 1958 das Progymnasium in Roßtenburg/Neckar und dann das Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart besucht, wo ich im Frühjahr 1963 das Abitur ablegte.

Im Anschluß daran leistete ich in der Zeit von April 1963 bis März 1965 meinen Wehrdienst ab.

Vom Sommersemester 1965 bis zum Sommersemester 1969 habe ich zunächst in Tübingen und dann in München Rechtswissenschaft studiert und im Herbst 1969 die erste juristische Staatsprüfung bestanden.

Vom 17.2.1970 bis 31.8.1973 war ich im Oberlandesgerichtsbezirk München im juristischen Vorbereitungsdienst tätig und habe am 17.8.1973 die zweite juristische Staatsprüfung abgelegt.

